

## De-Industrialisierung und Sozialstaatsexpansion – gibt es einen Zusammenhang?

von Philip Manow

### I. Einleitung<sup>1</sup>

In diesem Beitrag wird die Frage aufgegriffen, ob und wenn ja, in welchem spezifischen Sinne die De-Industrialisierung auf den Wohlfahrtsstaat westlicher Prägung gewirkt hat. Diese Debatte wurde vor einiger Zeit erneut angestoßen durch zwei innerhalb der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung sehr einflussreiche Artikel zweier amerikanischer Politikwissenschaftler, Torben Iversen und Thomas Cusack, in denen die beiden die herrschende Meinung über die Determinanten der wohlfahrtsstaatlichen

Expansionsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg grundlegend in Frage stellen.<sup>2</sup>

Die zentrale These von Iversen und Cusack lautete, dass ein kritischer, in der Literatur jedoch bislang kaum gewürdigter sozialstaatlicher Wachstumsfaktor der wirtschaftliche Strukturwandel, die De-Industrialisierung, d.h. die Transformation der modernen Industriestaaten in Dienstleistungsgesellschaften gewesen ist.

Gegen vorherrschende Interpretationen, die etwa in der variierenden Stärke der Arbeiterbewegung (gemessen als Stimmenanteile sozialdemokratischer Parteien und/oder Organisationsstärke der Gewerkschaften) den Haupterklärungsfaktor für unter-

<sup>1</sup> Dieser Beitrag geht zurück auf eine gemeinsam mit meinen Kollegen Kees van Kersbergen und Gijs Schuhmacher verfasste Studie (Philip Manow/Kees van Kersbergen/Gijs Schuhmacher, Sectoral Change and the Expansion of the Welfare State: Re-visiting the 'De-industrialization' Thesis, in: Anne Wren (Hg.), The Political Economy of the Post-Industrial Age, im Erscheinen). Wir sind Anne Wren, Torben Iversen und David Soskice für ihre hilfreichen Kommentare sehr dankbar. Eine lange und empirisch ausführlichere Version ist demnächst als ZeS-Arbeitspapier verfügbar.

<sup>2</sup> Torben Iversen/Thomas R. Cusack, The Causes of Welfare State Expansion. Deindustrialization or Globalization? in: World Politics [WP], 52 (2000) 3, S. 313-349; Torben Iversen, The Dynamics of Welfare State Expansion: Trade Openness, De-industrialization, and Partisan Politics, in: Paul Pierson (Hg.), The New Politics of the Welfare State, New York 2001, S. 45-79.

### Aus dem Inhalt

• De-Industrialisierung und Sozialstaatsexpansion - gibt es einen Zusammenhang? .....	1
• The Current Economic Crisis and the Welfare State .....	9
• Haushaltsnahe Dienstleistungen .....	11
• Berichte .....	13
• Tagungen .....	16
• Projekte .....	18
• Personalien .....	21
• Veröffentlichungen .....	21

### Editorial

Zum zweiten Mal innerhalb nur eines Jahres hat die Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung des ZeS Zuwachs zu verzeichnen: Der Politikwissenschaftler Philip Manow hat im Oktober 2010 seine Tätigkeit als Professor der Universität Bremen aufgenommen und wird gemeinsam mit Stefan Traub die Abteilungsleitung übernehmen. Über seine Ankunft in Bremen und besonders über sein ausgesprochen vielseitiges Themenportfolio freuen wir uns sehr! Der hier abgedruckte Aufsatz, der mit der Politischen Ökonomie und der Vergleichenden Sozialstaatsforschung zwei seine Arbeitsschwerpunkte anreißt, widmet sich einer aktuellen Debatte über den Zuwachs von Wohlfahrtsstaatlichkeit im Übergang von modernen Industrie- zu Dienstleistungsstaaten.

Ebenfalls vor einem Jahr ging es an genau dieser Stelle um den zwanzigsten Geburtstag des Zentrums und damit um eine Erfolgsgeschichte, um Kontinuität und Tradition. Nun weiß man, dass allzu feste Vergangenheitsbindungen noch keinem wissenschaftlichen Betrieb auf Dauer gut getan haben. Vielleicht kann man es in diesem Sinne auch als eine präventive Maßnahme, also eigentlich als gute Nachricht verstehen, dass unser Haus zum Jahreswechsel seinen Standort - und den Charakter seiner Architektur - wechseln wird. Das ZeS zieht um! Nach fast 20 Jahren im altherwürdigen Barkhof finden wir uns im neuen Jahr im modernen UNICOM-Gebäude in Campusnähe wieder. Bitte beachten Sie: Mit der Haus- und Postadresse werden sich auch die meisten Kontaktdaten ändern. Wichtige Informationen dazu auf der letzten Seite dieses ZeS reports und natürlich auf unserer Institutshomepage.

Christian Peters

schiedliche Ausprägungen von Wohlfahrtsstaatlichkeit sehen, betonen Iversen und Cusack die immensen kollektiven und individuellen Anpassungskosten, die durch den rapiden Sektorwandel nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden. Die zwei Autoren subsumieren dabei sowohl den Beschäftigungsrückgang im Ersten als auch im Zweiten Sektor unter den Oberbegriff der 'De-Industrialisierung'. Nach Cusack und Iversen ist es vor allem das unterschiedliche Ausmaß wirtschaftlichen Strukturwandels, das die variierenden Verlaufskurven der Wohlfahrtsstaatsexpansion nach 1945 erklärt. In ihrem Argument spielt – unausgesprochen – das 'Timing' von Industrialisierung und De-Industrialisierung eine wichtige Rolle: Spät industrialisierende Länder industrialisieren sich umfassender als früh industrialisierende Länder – abzulesen etwa an dem Beschäftigungsanteil des Zweiten Sektors an der Gesamtbeschäftigung. Der Strukturwandel erfasst diese Länder damit aber auch heftiger: in einem kürzeren Zeitraum vollzieht sich ein grundlegender Wandel ihrer Beschäftigungsstrukturen.<sup>3</sup> Dies – so Iversen und Cusack – bestimmt dann auch das Ausmaß der politischen Nachfrage nach sozialstaatlicher Intervention.

Das zentrale Argument von Iversen und Cusack lautet, dass die politische Nachfrage nach sozialstaatlicher Absicherung und Kompensation des Strukturwandels dann entsteht, wenn technologischer Wandel Beschäftigung in einem der traditionellen Sektoren – der Landwirtschaft oder der Industrie – bedroht. Nachfrage nach sozialstaatlicher Kompensation wird politisch artikuliert, wenn Beschäftigte vom Strukturwandel die Entwertung ihrer Qualifikationen fürchten, weil sie diese nicht friktionslos in andere Sektoren 'transportieren' können. Anders formuliert: würde der Industriearbeiter oder der Landwirt zu ähnlichen Bedingungen im Dienstleistungssektor Beschäftigung finden, entstünde kein

besonderer sozialstaatlicher Kompensations- und Interventionsbedarf. Erweisen sich die Sektorgrenzen hingegen als Beschäftigungshindernis, insbesondere als Qualifikationsbarriere, entsteht der politische Wunsch nach sozialstaatlicher Kompensation, etwa in der Form von Frühverrentungsprogrammen, Umschulungen, aktiver Arbeitsmarktpolitik oder sozialstaatlichen Lohnersatzleistungen. In ihrer Untersuchung der Sozialstaatsentwicklung in 15 OECD-Ländern behaupten die Autoren, empirische Bestätigung für ihre De-Industrialisierungsthese gefunden zu haben: der Strukturwandel erweist sich – folgt



*Professor Philip Manow hat im Oktober 2010 seine Tätigkeit als Professor der Universität Bremen und als Leiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung am Zentrum für Sozialpolitik aufgenommen. Letztere wird er mit Professor Stefan Traub, der vor einem Jahr zum ZeS gestoßen ist, führen. Philip Manows Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen der Politischen Ökonomie, dem Wohlfahrtsstaatsvergleich, dem politischen System der Bundesrepublik und der Europäischen Integration.*

*Zuvor war er an den Universitäten Heidelberg und Konstanz sowie am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln tätig. Am Zentrum für Sozialpolitik wird Philip Manow insbesondere zum Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Strukturwandel, Sozialpolitik und Parteienwettbewerb arbeiten und an der Universität Bremen wird er Veranstaltungen zur Sozialpolitik, der Vergleichenden Politikwissenschaft und dem politischen System der Bundesrepublik anbieten.*

man Iversen und Cusack – als ein besonders erklärungskräftiger, aber bislang kaum beachteter Faktor in der wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsentwicklung.<sup>4</sup>

Im Folgenden soll es um eine kritische Würdigung der De-Industrialisierungsthese gehen. Ich argumentiere zunächst, dass es problematisch ist, den Beschäftigungsrückgang im industriellen und im Agrarsektor in einer einzigen De-Industrialisierungsvariablen zusammenzufassen. Das ignoriert die heterogene Ausgangslage der europäischen Volkswirtschaften, insbesondere was den Umfang ihrer Agrarbeschäftigung nach dem Zweiten Weltkrieg anbetrifft, und führt

daher auch zu Fehlschlüssen über die Ursachen für die Divergenz ihrer wohlfahrtsstaatlichen Pfadverläufe.<sup>5</sup> Die Subsumption des Beschäftigungsrückgangs sowohl im landwirtschaftlichen wie auch im industriellen Sektor unter den Begriff der De-Industrialisierung beruht meines Erachtens auf mindestens drei problematischen Annahmen: Erstens geht sie davon aus, dass der Übergang vom Ersten zum Zweiten Sektor in den 50er und 60er Jahren sich als genauso problematisch darstellt wie der Übergang von der Landwirtschaft, insbesondere aber der Industrie in den Dienstleistungssektor in den 1970er und 1980er Jahren.

Anders formuliert: die Autoren nehmen an, dass die Qualifikationsbarrieren zwischen dem Ersten und Zweiten Sektor ähnlich hoch gewesen sind wie die zwischen Erstem und Zweitem Sektor einerseits und dem Dienstleistungssektor andererseits. Dies ist unplausibel. Zweitens beruht das Argument auf der Annahme, dass Landwirte und Arbeiter gleichermaßen erfolgreich ihre (identischen?) politischen Forderungen nach sozialstaatlicher Abfederung des Strukturwandels formulieren konnten, unabhängig davon, ob die Bauern in einem Land über eigene politische Repräsentanten im Parteiensystem verfügen (wie z.B. in Skandinavien durch die Agrarparteien), oder nicht (wie z.B. auf dem europäischen Kontinent).<sup>6</sup>

Drittens, und damit zusammenhängend, schenken Iversen und Cusack der Frage keine Beachtung, inwieweit die 'De-Ruralisierung' überhaupt ein nationales oder aber eher ein europäisches Thema war – wie für alle EU-Mitgliedsländer seit den Römischen Verträgen von 1957.<sup>7</sup> Dies weist auch darauf hin, dass oftmals Protektionismus die staatliche Antwort auf den Strukturwandel im Agrarsektor gewesen ist, sozialstaatliche Kompensation hingegen die Antwort des Staates

<sup>3</sup> Vgl. Alexander Gerschenkron, *Economic Backwardness in Historical Perspective*. Cambridge, Mass. 1962.

<sup>4</sup> Iversen/ Cusack, *The Causes of Welfare State Expansion*, in: WP 52 (2000) 3, S. 313-349.

<sup>5</sup> siehe Abbildung 1a und 1b.

<sup>6</sup> Daniele Caramani, *The Nationalization of Politics. The Formation of National Electorates and Party Systems in Western Europe*, New York, 2004.

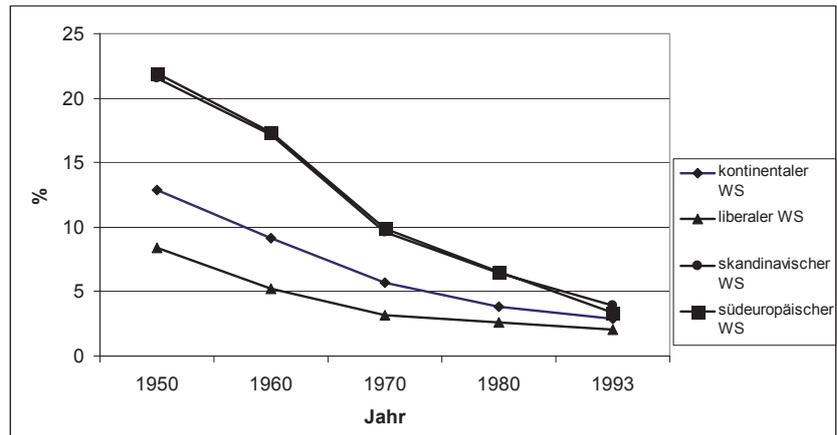
<sup>7</sup> Edmund Neville-Rolfe, *The Politics of Agriculture in the European Community*, London 1984.

auf den Übergang in die Dienstleistungsgesellschaft. Die politischen Forderungen der Landwirte und der Industriearbeiter waren offensichtlich nicht identisch.

Schließlich kritisiere ich mit einem mehr methodischen Einwand die Betrachtung von Beschäftigungsanteilen (Anzahl der Erwerbsbevölkerung in Prozent) bei der Rekonstruktion des Sektorwandels, da das theoretische Argument von Iversen und Cusack auf der absoluten Anzahl von (freigesetzten) Arbeitern beruht. Tatsächlich aber sind schrumpfende Beschäftigungsanteile von Landwirtschaft oder Industrie nicht zwangsläufig ein Indikator für Beschäftigungsverlust im Ersten oder Zweiten Sektor. Sinkende Anteile bilden vielmehr oft grundlegendere demographische Veränderungen ab, wie z.B. den Anstieg der erwerbstätigen Bevölkerung durch Immigration oder den Babyboom der 60er Jahre. In allen 15 westlichen Industrieländern der Iversen/ Cusack-Studie stieg in den Jahren zwischen 1960 und 1993 die Erwerbsbevölkerung an, zum Teil eher geringfügig (z.B. im Vereinigten Königreich um 10 Prozent), zum Teil aber ganz erheblich (z.B. in Kanada um 85 Prozent). Betrachten wir jedoch die absoluten Zahlen anstatt der Beschäftigungsanteile, zeigt sich, dass in einer Vielzahl von Ländern zwischen den 1950er und den 1990er Jahren – also in der Zeit der nachhaltigen Wohlfahrtsstaatexpansion – gar keine De-Industrialisierung in Sinne eines Rückgangs der absoluten Beschäftigtenzahlen in den traditionellen Sektoren stattfand.

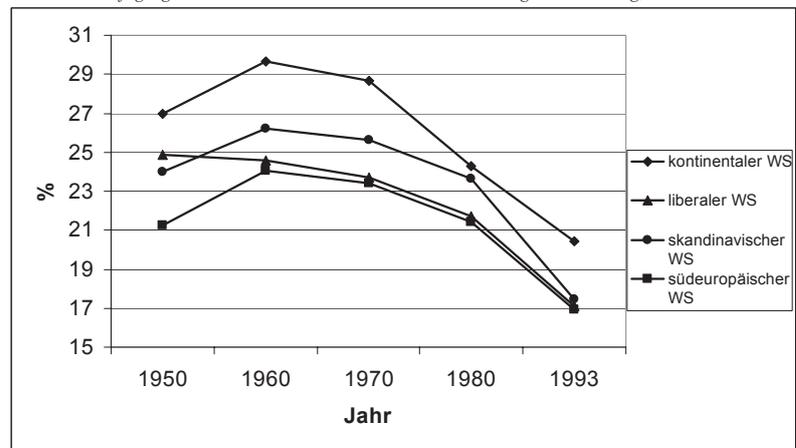
Was aber zeigt sich, wenn man den Effekt der De-Industrialisierung sowohl für verschiedene Zeitabschnitte, als auch getrennt für den Ersten und Zweiten Sektor, und schließlich bereinigt um den Einfluss generellerer demographischer Veränderungen betrachtet? Hier wird argumentiert, dass De-Industrialisierung keine besondere Determinante des Wohlfahrtsstaatswachstums der Nachkriegsperiode war. Der Übergang in eine Dienstleistungsökonomie seit den 1970er Jahren hat zwar nachweislich zur Ausweitung sozialstaatlicher Ausgaben beigetragen – vor allem durch niedrigere Wachstumsraten und erhöhte Arbeitslosigkeit – aber die unterschiedlichen sozialstaatlichen Entwicklungspfade lassen sich nicht durch das variierende Ausmaß des Strukturwandels in den ersten beiden Nachkriegsdekaden erklären. Vor dem Hintergrund dieses Befundes skizziere ich zum Abschluss eine alterna-

Abb. 1a: Beschäftigungsanteile des Agrarsektors in % der erwerbstätigen Bevölkerung, 1950-1993



(Quelle: OECD, verschiedene Jahre)

Abb. 1b: Beschäftigungsanteile des Industriesektors in % der erwerbstätigen Bevölkerung, 1950-1993



(Quelle: OECD, verschiedene Jahre)

tive Erklärung für den Zusammenhang von Strukturwandel und Wohlfahrtsstaat.

## II. Zeit- und regimespezifische Effekte der De-Industrialisierung

Ausgehend von der Beobachtung der manifesten Unterschiede, die hinsichtlich der sektorspezifischen Beschäftigung zwischen den Ländern Westeuropas plus Nordamerika und Japan nach dem 2. Weltkrieg bestanden (siehe Abbildung 1a und 1b), schlage ich vor, zwischen dem Beschäftigungsrückgang im Ersten und Zweiten Sektor zu unterscheiden. Diese Unterscheidung wird uns auch helfen, die unterschiedlichen politischen Prozesse besser zu verstehen, die durch Veränderungen in den einzelnen Sektoren ausgelöst wurden.

Wie aus den Abbildungen 1a und 1b ersichtlich, finden wir innerhalb der Länder Kontinentaleuropas, die alle ausgesprochen großzügige Wohlfahrtsstaaten beheimaten, in der unmittelbaren Nachkriegsphase deutliche Unterschiede hinsichtlich der

Beschäftigungsanteile im Ersten und Zweiten Sektor. Italien und Frankreich weisen in den 50er Jahren immer noch eine Agrarbeschäftigung von über 20 % auf, während der Agrarsektor in den Benelux-Staaten oder in Deutschland in der Nachkriegszeit nur mehr 6 % (Belgien) bis 15 % (Deutschland) der Gesamtbeschäftigung ausmacht. Hinsichtlich dieses sektoralen Beschäftigungsmusters ähneln sich Süd- und Nordeuropa. Auch die skandinavischen Länder traten in die Nachkriegsära mit einem Beschäftigungsanteil im landwirtschaftlichen Bereich von durchschnittlich über 20 % ein (wobei Schweden und Dänemark unter und Finnland und Norwegen über diesem Durchschnitt lagen). Im Dienstleistungssektor machen sich zwischen diesen beiden Ländergruppen jedoch im Verlauf der Zeit tiefgreifende Unterschiede bemerkbar: Hier steigt in Skandinavien die Beschäftigung in den 70er Jahren steil an aufgrund – wie zu zeigen sein wird (s.u.) – einer spezifischen ‚aktiven Politik des Sektorwandels‘ der nordischen Länder. Dass diesen der Übergang in die Dienstleistungsgesellschaft sehr viel besser gelingt, als den kontinen-

taleuropäischen Wohlfahrtsstaaten, ist hinlänglich bekannt.<sup>8</sup>

Aus den Abbildungen 1a und 1b ist auch das unterschiedliche Ausmaß ersichtlich, mit der Länder überhaupt ‚industrialisiert‘ wurden. Eine Folge ist, dass einige Länder – besonders diejenigen, die zum südkontinentalen Regime zu rechnen sind – einen direkteren Übergang vom landwirtschaftlichen in den Dienstleistungssektor genommen haben. Eine Rolle hierbei spielte ebenfalls die Arbeitsmigration (die bei Cusack und Iversen nicht berücksichtigt ist): Die in der Landwirtschaft freigesetzten Arbeiter aus den südeuropäischen Ländern fanden in den 1950er und 1960er Jahren Beschäftigung in den expandierenden Industriesektoren in den Ländern des nördlichen Europas, zum Teil auch in Übersee.

Diese Unterschiede verlangen nun ebenso nach einer zeitlich differenzierten Betrachtung. Ein Großteil des sektoralen Beschäftigungsverlusts in den 50er und 60er Jahren fand in der Landwirtschaft statt, während zu dieser Zeit der Industriesektor in absoluten (Beschäftigungs-) Zahlen in den meisten Ländern weiterhin expandierte. Erst in den 70er und 80er Jahren wurde der Rückgang der industriellen Beschäftigung zu einem sozialpolitischen Problem und damit auch politischen Thema. Betrachtet man die absoluten Zahlen anstelle der Beschäftigungsanteile (siehe Tabelle 1), so zeigt sich, dass der industrielle Sektor in den 60er Jahren in mehr als zwei Drittel der Länder weiterhin expandierte. Lediglich in 4 der 15 Ländern, die Iversen und Cusack untersuchten (Österreich, Belgien, Schweden, etwas ausgeprägter im Vereinigten Königreich), war in den 1960er Jahren ein leichter Rückgang der industriellen Beschäftigung bemerkbar. Es gibt daher wenig empirische Unterstützung für die Behauptung, De-Industrialisierung sei ein *„secular, long-term, and structurally driven process of labor shedding in both agriculture and industry [that set in] in the early 1960s“*.<sup>9</sup> Der Beschäf-

tigungsrückgang im landwirtschaftlichen Bereich setzte direkt nach dem Zweiten Weltkrieg ein und war in den frühen 60er Jahren bereits seit mehr als 10 Jahren im Gange.<sup>10</sup> Der substantielle Beschäftigungsrückgang in der Industrie setzte jedoch erst 10 Jahre später ein, in den frühen 70er Jahren. Tabelle 1 macht deutlich, dass in absoluten Zahlen ausgedrückt in vielen Ländern in der gesamten Nachkriegszeit überhaupt keine De-Industrialisierung stattfand. Die USA, Kanada und Japan sind Länder mit einem substantiellen Beschäftigungszuwachs im industriellen Bereich, der den Beschäftigungsverlust im Ersten Sektor mehr als ausgleicht. Vergleicht man die absoluten Zahlen mit den relativen sektoralen Beschäftigungsanteilen in Iversens und Cusacks Aufsatz,<sup>11</sup> wird deutlich, wie stark beide Betrachtungsweisen voneinander abweichen. Wegen seiner Betonung des tatsächlichen Beschäftigungsverlusts in Landwirtschaft und Industrie verlangt das De-Industrialisierungsargument allerdings die Betrachtung der absoluten Zahlen.

Alles dies weist darauf hin, dass – falls es eine Verbindung von De-Industrialisierung und Wohlfahrtsstaat gibt – sie sich anders gestaltet als von Iversen und Cusack behauptet. Wenn sich Beschäftigte aus Furcht vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes und vor der damit einhergehenden Entwertung ihrer Qualifikationen politisch für großzügige sozialstaatliche Kompensationen einsetzten, dann scheint diese Kompensationsthese am ehesten für die 80er und 90er Jahre zuzutreffen, und hier vornehmlich für die Industriebeschäftigten. In den 60er Jahren hingegen ging ein Großteil des Anstiegs der erwerbstätigen Bevölkerung auf die gestiegene Arbeitskraftnachfrage des Industriesektors zurück. Die europäischen Staaten begannen in Reaktion auf die Arbeitskräftknappheit Gastarbeiter anzuwerben und/oder die zuvor in der Landwirtschaft Beschäftigten umzuschulen, förderten zum Teil auch eine erhöhte Frauenerwerbsbeteiligung.<sup>12</sup>

Die wesentlichen sektoralen Beschäftigungsumschichtungen von der

Landwirtschaft in den Industriesektor waren dabei weitgehend politisch und wirtschaftlich gewollt und gestalteten sich auch individuell eher problemlos. Mit der Aussicht auf bessere Löhne und Arbeitsbedingungen ging die Abwanderung aus der Landwirtschaft in die Industrie tatsächlich wesentlich rasanter vonstatten, als es selbst die ehrgeizigen politischen Planungen zur volkswirtschaftlichen Modernisierung in den 1950er und 60er Jahre vorgeesehen hatten.<sup>13</sup> Dieser Sektorwandel bedurfte keiner wohlfahrtsstaatlichen Begleitung

National höchst unterschiedliche Beschäftigungsbewegungen werden von dem allgemeinen Begriff der De-Industrialisierung verdeckt (selbst dann, wenn man Beschäftigungsanteile statt der absoluten Beschäftigungszahlen betrachtet). Sie werden erst dann sichtbar, wenn man zwischen (in Ermangelung eines besseren Begriffs) ‚De-Ruralisierung‘ und ‚De-Industrialisierung‘ differenziert und drei verschiedene Zeitspannen unterscheidet: die 1950er und 1960er Jahre, die 70er Jahre und die Zeitspanne von 1980 bis 1995. Was aber sagen uns die Daten, wenn wir die Cusack/Iversen-Studie nach drei Zeitperioden und nach Sektoren differenziert replizieren?

Iversen und Cusack betrachten zwei abhängige Variablen: Die gesamten Staatsausgaben (government consumption) und die staatlichen Transferleistungen. Iversen und Cusack benutzen eine gepoolte Zeitreihenanalyse (Time Series Cross Section Analysis). Die erklärenden Variablen sind zeitverzögert, d.h. es wird unterstellt, dass beispielsweise die Außenhandelsöffnung in einem Jahr auf die Staatsausgaben des nächsten Jahres wirkt. Die unabhängigen Variablen sind sowohl als Niveau- als auch als Wachstumsvariablen integriert. Letztere schätzen kurzfristige Übergangseffekte (wie wirkt die Veränderung der Außenhandelsöffnung auf die Staatsausgaben des nächsten Jahres?), erstere langfristige Dauereffekte (wie wirkt das Niveau der Außenhandelsöffnung in einem Jahr auf die Staatsausgaben des nächsten?). Weil auch die Staatsausgaben eines Jahres selber auf die Ausgaben des nächsten Jahres wirken, ist auch die abhängige Variable zeitverzögert als unabhängige Variable, also auf der ‚rechten Seite‘ der Regressionsgleichung integriert. Iversen und Cusack

<sup>8</sup> Fritz W. Scharpf, *Employment and the Welfare State: A Continental Dilemma*, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung [MPIfG] Working Paper 97/7 (1997); Evelyne Huber/John D. Stephens, *Partisan Governance. Women's Employment, and the Social Democratic Service State*, in: *American Sociological Review* [ASR], 65 (2000), S. 323-342; Gosta Esping-Andersen, *Social foundations of post-industrial Economies*, Oxford 1999.

<sup>9</sup> Iversen/Cusack, *The Causes of Welfare State Expansion*, in: WP 52 (2000) 3, S. 328.

<sup>10</sup> Folke Döving, *Land and Labor in Europe in the Twentieth Century*, Den Haag 1965.

<sup>11</sup> Iversen/Cusack, *The Causes of Welfare State Expansion*, in: WP 52 (2000) 3, S. 315, Tabelle 1.

<sup>12</sup> David Vail/Knut Per Hasund/Lars Drake, *The greening of agricultural policy in industrial societies. Swedish reforms in comparative perspectives*, Ithaca 1994.

<sup>13</sup> Döving, *Land and Labor*, 1965; Neville-Rolfe, *The Politics of Agriculture*, 1984.

Tabelle 1. Absolute Beschäftigungszahlen in Landwirtschaft und Industrie von 1950 bis 1993 in 15 Ländern

	Beschäftigung in der Landwirtschaft, Änderungen in 1000					Industriebeschäftigung, Änderungen in 1000					Beschäftigungssaldo 1950-93
	1950-60	1960-70	1970-80	1980-93	1950-93	1950-60	1960-70	1970-80	1980-93	1950-93	
Österreich	-352	-280	-123	-74	-829	138	-41	-65	19	51	-778
Belgien	-69	-126	-57	-22	-274	61	-76	-267	-259	-541	-815
Kanada	-344	-191	-7	-39	-581	209	472	713	-387	1007	426
Dänemark	-139	-106	-85	-43	-373	16	65	-56	-78	-53	-426
Finnland	-197	-262	-139	-131	-729	130	51	72	-254	-1	-730
Frankreich	-1033	-1395	-931	-757	-4116	128	900	-236	-1701	-909	-5025
Deutschland	-1439	-1319	-859	-134	-3751	3760	490	-1395	2403*	5258	1507
Italien	-1388	-2830	-882	-1411	-6511	1201	726	108	-704	1331	-5180
Japan	-5130	-4530	-3100	2090	-10670	8830	5530	1370	2550	18280	7610
Niederlande	-124	-80	-85	11	-278	141	137	-258	11	31	-247
Norwegen	-132	-93	-49	-48	-322	14	59	-1	-101	-29	-351
Schweden	-108	-210	-77	-100	-495	239	-19	-116	-351	-247	-741
Schweiz	-1	-86	-50	-41	-178	267	188	-244	-91	120	-58
Großbritannien	-144	-334	-130	-136	-744	-119	-359	-1510	-1939	-3927	-4671
Vereinigte Staaten	-2389	-2017	-38	-229	-4673	3124	3831	3286	-1408	8833	4160

Frankreich = 1954; Österreich = 1951; Italien = 1954; Dänemark = 1955; Japan = 1953

\* Der Anstieg der Beschäftigung in der Industrie ist in erster Linie verursacht durch die Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland. Beschäftigungszahlen vor 1990 beziehen sich ausschließlich auf Westdeutschland.

kontrollieren für die institutionellen Unterschiede zwischen den Ländern durch die Integration von speziellen Ländervariablen bzw. Länderdummies.

Unterscheidet man nun nach Beschäftigungsverlust im Agrarsektor („De-Ruralisierung“) und Beschäftigungsverlust im Industriesektor (De-Industrialisierung) und differenziert nach spezifischen Zeitperioden, zeigt sich folgendes Bild (Tabellen 2a – 2b). Die Tabellen berichten nicht die Koeffizienten der vielen Kontrollvariablen, sondern konzentrieren sich einzig auf diejenigen Strukturwandelvariablen, die in unserem Kontext von Interesse sind. Die für unseren Zusammenhang wichtigen Koeffizienten sind fett hervorgehoben.

Wie aus den Tabellen 2a und 2b ersichtlich, zeigt die nach Sektoren und Zeitperioden differenzierende

Regressionsanalyse, dass ein Beschäftigungsrückgang im landwirtschaftlichen Bereich einen Einfluss auf die Ausgaben des Wohlfahrtsstaates lediglich in den 60er Jahren hatte (und hier vor allem auf die staatlichen Gesamtausgaben wirkte, nicht auf die Transferprogramme), in den darauffolgenden Jahrzehnten jedoch ohne Effekt blieb. Im Gegensatz dazu beeinflusste der Beschäftigungsrückgang im industriellen Bereich die Regierungsausgaben des Wohlfahrtsstaates in den 60er Jahren und in den 80er Jahren bis in die Mitte der 90er Jahre, in dieser letzten Periode jedoch ausschließlich in Form eines kurzfristigen, transitorischen Effekts.

Was verändert sich, wenn wir zusätzlich die Veränderungen in der Erwerbsbevölkerung berücksichtigen? Erneut zeigen sich periodenspezifische Effekte: der Rückgang industri-

eller Beschäftigung wirkt in den 80er Jahren bis Mitte der 90er Jahre wohlfahrtsstaatlich expansiv, der Rückgang der Agrarbeschäftigung aber hat – wenn überhaupt – einen geringen Effekt in den 60er Jahren. Dabei gibt es Hinweise auf regimespezifische Unterschiede: Der Beschäftigungsrückgang im Ersten Sektor macht sich abgeschwächt in den staatlichen Gesamtausgaben bemerkbar, die in den skandinavischen Ländern hoch sind, nicht aber in den sozialstaatlichen Transferprogrammen, die in den kontinentaleuropäischen Ländern den Wohlfahrtsstaat dominieren. Der spätere Beschäftigungsrückgang in der Industrie wirkt dann insbesondere auf diese staatlichen Transferprogramme, wird also vor allem in Kontinentaleuropa spürbar.

### III. Der Rückgang landwirtschaftlicher Beschäftigung und der Wohlfahrtsstaat

Dies alles legt es nahe, zwischen dem Strukturwandel und der Sozialstaatsexpansion einen anderen Zusammenhang herzustellen als der in Iversen, Iversen und Cusack oder Huber und Stephens postulierte.<sup>14</sup> Wenn wir vom Sektorwandel in den ersten zwei Nachkriegsjahrzehnten sprechen, reden wir in erster Linie von der De-Ruralisierung. In dieser Zeit wurden

Tabelle 2a: Zeitspezifische Effekte des Beschäftigungsrückgang in der Landwirtschaft

	$\Delta$ Transfers	$\Delta$ Staatsausgaben
<b>De-Ruralisierung</b>	<b>0.032</b>	<b>0.030</b>
	<b>(0.120)</b>	<b>(0.013)**</b>
$\Delta$ De-Ruralisierung	-0.044	-0.004
	(0.717)	(0.946)
De-Ruralisierung 1970s	-0.001	0.000
	(0.692)	(0.812)
De-Ruralisierung 1980s +	-0.000	-0.001
	(0.936)	(0.318)
$\Delta$ De-Ruralisierung 1970s	0.049	0.021
	(0.770)	(0.824)
$\Delta$ De-Ruralisierung 1980s +	0.020	-0.143
	(0.943)	(0.266)
De-Industrialisierung	0.044	0.044
	(0.012)**	(0.000)***
$\Delta$ De-Industrialisierung	0.200	0.130
	(0.000)***	(0.000)***
Beobachtungen	495	495
Zahl der Länder	15	15

p-Werte in Klammern, \* signifikant auf dem 10% Niveau; \*\* signifikant auf dem 5% Niveau; \*\*\* signifikant auf dem 1% Niveau; Länderdummies werden nicht berichtet.

<sup>14</sup> Iversen/Cusack, The Causes of Welfare State Expansion, in: WP 52 (2000) 3, S.313-349; Iversen, The Dynamics of Welfare State Expansion, in: Pierson (Hg.), 2001, S. 45-79; Evelyne Huber/John D. Stephens, Development and Crisis of the Welfare State. Parties and Politics in Global Markets, Chicago/London 2001; dies., Partisan Governance, in: ASR 65 (2000), S.323-342.

Tabelle 2b: Zeitspezifische Effekte des Rückgangs der industriellen Beschäftigung

	Δ Transfers	Δ Staatsausgaben
De-Ruralisierung	0.038	0.031
	(0.051)*	(0.006)***
Δ De-Ruralisierung	-0.025	-0.017
	(0.789)	(0.749)
<b>De-Industrialisierung</b>	<b>0.036</b>	<b>0.044</b>
	<b>(0.029)**</b>	<b>(0.000)***</b>
Δ De-Industrialisierung	0.003	0.079
	(0.971)	(0.073)*
De-Industrialisierung 1970s	-0.000	0.000
	(0.832)	(0.651)
De-Industrialisierung 1980s+	-0.001	-0.002
	(0.591)	(0.166)
Δ De-Industrialisierung 1970s	0.131	0.016
	(0.224)	(0.787)
<b>Δ De-Industrialisierung 1980s+</b>	<b>0.421</b>	<b>0.107</b>
	<b>(0.000)***</b>	<b>(0.066)*</b>
Beobachtungen	495	495
Zahl der Länder	15	15

p-Werte in Klammern; \* signifikant auf dem 10% Niveau; \*\* signifikant auf dem 5% Niveau; \*\*\* signifikant auf dem 1% Niveau; Länderdummies werden nicht berichtet.

enorme Produktivitätszuwächse vor allem im Ersten, nicht im Zweiten Sektor erreicht.<sup>15</sup> Die Verdopplung des Einsatzes von Düngemitteln und der verstärkte Einsatz von Maschinen in Kombination mit der Erhöhung der durchschnittlichen Betriebsgröße, ermöglichten es der europäischen Landwirtschaft in kurzer Zeit, die Lebensmittelknappheit direkt nach dem Zweiten Weltkrieg in eine Situation des Überangebots an Lebensmitteln bereits in den frühen 60er Jahren zu verwandeln – und dies alles bei fortgesetztem Beschäftigungsrückgang. Während sich eine Marktsättigung für Konsumgüter erst in den 70er Jahren einstellte, die die glückliche, in den 50er und 60er Jahren vorherrschende Vereinbarkeit von realem Lohnwachstum und Vollbeschäftigung unterminierte,<sup>16</sup> so war der Markt für landwirtschaftliche Produkte bereits in den späten 50er in einem ganz treffenden Sinne ‚gesättigt‘. Damit sank die Preiselastizität landwirtschaftlicher Produkte – billigere Nahrungsmittel führten nicht mehr automatisch zu einer erhöhten Nachfrage – und auf der Nachfrageseite ihre Einkommenselastizität – steigende Löhne führten nicht mehr automatisch zu einer höheren Nachfrage nach Nahrungsmitteln. Das Konsumverhalten änderte sich in den 50er Jahren in Richtung dauerhafter Konsumgüter. Das bedeutete, dass trotz der enormen Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft die Löhne mit den in der Industrie gezahlten Löhnen nicht Schritt halten konnten. Die Kombination aus push

(Produktivitätszuwachs) und pull (steigendes Lohngefälle im Vergleich zur Industrie) liefert eine Erklärung für die rasante Geschwindigkeit, mit der sich in den ersten zwei Nachkriegsjahrzehnten in der OECD der Wandel in der Beschäftigungsstruktur von der Landwirtschaft hin zur Industriebeschäftigung, vollzog.

Dabei war dieser Wechsel der Beschäftigung vom Ersten in den Zweiten Sektor in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg zu einem weit überwiegenden Teil freiwillig. Ein in absoluten Zahlen weiterhin expandierender Industriesektor mit attraktiveren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen machte eine wohlfahrtsstaatliche Begleitung dieses Prozesses weitgehend überflüssig: „As long as economic growth could provide safe jobs in other industries and these jobs were better paid, nobody complained“.<sup>17</sup> Auch gestaltete sich der Qualifikationstransfer vom Ersten in den Zweiten Sektor relativ unkompliziert in Zeiten ‚fordistischer Massenproduktion‘, in denen die Qualifikationsanforderungen an Fabrikarbeiter noch relativ gering waren.

Dies zeigt, dass sich der Prozess der De-Ruralisierung von dem der De-Industrialisierung grundsätzlich unterscheidet. Insbesondere was die Transportabilität von Qualifikationen anbetrifft, ist es offensichtlich, dass sich der Beschäftigungsübergang aus der Landwirtschaft in die Industrie weit weniger problematisch gestaltete als

der Übergang von der Industrie in den Dienstleistungssektor. Die Ausweitung der Dienstleistungsbeschäftigung geht einher mit einer zunehmenden Spreizung der Qualifikationsanforderungen und damit auch einer erhöhten Lohnspreizung. Mit einem expandierenden Dienstleistungssektor wächst sowohl das Angebot an Jobs mit geringen als auch das an Jobs mit sehr hohen Qualifikationsanforderungen. Industriebeschäftigte müssen entweder in deutlich schlechter bezahlte Jobs wechseln oder in kostspielige Weiterbildung investieren. Ob nun die Kosten dieser Umschulungsmaßnahmen individuell oder kollektiv getragen werden, in jedem Fall sind sie teuer und machen sozialstaatliche Absicherung erforderlich. Eine wohlfahrtsstaatliche Flankierung ist entweder notwendig als Maßnahme des ‚Investitionsschutzes‘, wenn etwa Kündigungschutzregeln die individuellen Weiterbildungsinvestitionen vor schneller Entwertung schützen, oder in Form einer direkten staatlichen Finanzierung der Fortbildung. So oder so verlangt die De-Industrialisierung – im deutlichen Gegensatz zum vorhergehenden Prozess der De-Ruralisierung – nach wohlfahrtsstaatlicher Absicherung, zumindest in den Ländern, in denen eine erhebliche Zunahme sozialer Ungleichheit politisch oder gesellschaftlich nicht hingenommen wird. Gibt es eine Verpflichtung auf ein bestimmtes Maß an sozialer Gleichheit, haben Regierungen die Option, entweder die Weiterbildung der Beschäftigten zu unterstützen oder die niedrigen Löhne in den neuen, gering produktiven Dienstleistungsjobs sozialstaatlich aufzustocken. Die Entscheidung, vor der Regierungen angesichts des Beschäftigungsverlusts in der Landwirtschaft standen, war hingegen eine gänzlich andere: sollten sie die Löhne in der Landwirtschaft subventionieren, um das Lohngefälle zur Industrie zu verringern und damit die Geschwindigkeit des Sektorwandels zu verlangsamen?<sup>18</sup>

Die Agrarpolitik in den skandinavischen und den kontinentaleuropäischen Ländern stimmte in ihren wesentlichen Zielen weitgehend überein. Erstens ging es um die Steigerung der Produktivität durch ‚technologischen Fortschritt‘ (Düngemittel und der Einsatz von Maschinen) ebenso wie durch eine Reform landwirtschaftlicher Besitzverhältnisse (Flurberei-

<sup>15</sup> Dovring, Land and Labor, 1965.

<sup>16</sup> Torben Iversen/Anne Wren, Equality, employment, and budgetary restraint: The trilemma of the service economy, in: World Politics [WP], 50 (1998), S. 507-546.

<sup>17</sup> Reidar Almas, Family Farming in Norway, in: Boguslav Galeski/Eugene Wilkening (Hg.), Family Farming in Europe and America (Rural Studies Series of the Rural Sociological Society), Oxford 1987, S.71-94, Zitat S.86; siehe dazu auch Dovring, Land and Labor, 1965, S. 266-277.

<sup>18</sup> Herzlichen Dank an Anne Wren, die auf diese prinzipiellen Unterschiede zwischen den beiden Prozessen des Strukturwandels hingewiesen hat.

nigung'), um die durchschnittliche landwirtschaftliche Nutzfläche zu vergrößern. Zweitens sollten sich die Löhne zwischen Erstem und Zweitem Sektor weitgehend im Gleichklang entwickeln. Aufgrund des Preisverfalls und der stagnierenden Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten (s.o.) konnte das zweite Ziel nicht alleine durch die Verwirklichung des ersten erreicht werden, sondern verlangte nach zusätzlichen staatlichen Interventionen. Protektionismus war eine politische Option, sowohl für die christdemokratisch regierten Länder in Kontinentaleuropa, wie für die sozialdemokratisch regierten Länder in Skandinavien. Für Erstere war dies eine Option im Rahmen der europäischen Common Agricultural Policy (CAP), für letztere war es eine nationale Option.

Mit den Römischen Verträgen war Agrarpolitik eine europäische Angelegenheit geworden. Die CAP kombinierte Importbeschränkungen mit garantierten, weit über dem Marktpreis liegenden Abnahmepreisen. Sie war ein Kompromiss zwischen Mitgliedstaaten mit bedeutendem Agrarsektor (insbesondere Italien und Frankreich) und Ländern wie Belgien und Deutschland, in denen der wirtschaftliche Strukturwandel bereits weiter voran geschritten war.<sup>19</sup> Nationaler Protektionismus in Kombination mit technologischem Fortschritt galt als Option für die Länder außerhalb der EU, insbesondere für die nordischen Länder und die Schweiz. Solange der expandierende industrielle Sektor die freigesetzte landwirtschaftliche Arbeitskraft auffangen konnte, traf die sozialdemokratische Politik der landwirtschaftlichen Modernisierung in den nördlichen Ländern auf nur geringen politischen Widerstand und schien politisch ohne Alternative.<sup>20</sup> Einzig über die Frage nach der Geschwindigkeit, mit der der zwangsläufige Übergang vom landwirtschaftlichen in den industriellen Sektor vollzogen werden sollte, kam es zum politischen Streit. In Schweden, wie auch in anderen skandinavischen Ländern, stellte sich eine durch die Agrarparteien unterstützte Bewegung, die dem Ideal des bäuerlichen Familienbetriebs verpflichtet

war ('family farm movement'), gegen eine Regierungspolitik, die auf große Betriebsgrößen und einen beschleunigten Strukturwandel setzte.<sup>21</sup> Die Agrarparteien, zentral im skandinavischen Parteiensystem verankert und in den 50er und 60er Jahren oft in der Regierung vertreten oder sozialdemokratische Minderheitsregierungen tolerierend, waren effektive Vertreter der Interessen kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe.<sup>22</sup> Die häufigen rot-grünen Koalitionen zwischen Sozialdemokraten und den Agrarparteien profitierten von ihrer Kooperationserfahrung aus der Zwischenkriegszeit, als beide Parteien bei der Bewältigung der Weltwirtschaftskrise, die Landwirtschaft wie Industrie gleichermaßen stark getroffen hatte, bereits eng zusammen gearbeitet hatten.<sup>23</sup>

Die Rationalisierung und Modernisierung im Agrarsektor ab 1947 setzte eine große Zahl von Personen frei, die nun eine Beschäftigung in der Industrie finden mussten. Die schwedische Regierung unterstützte diesen Prozess durch Fortbildungs- und Umsiedlungsmaßnahmen,<sup>24</sup> teilweise auch durch Förderung von Industrieansiedlungen in ländlichen Regionen.<sup>25</sup> Die Arbeitskräfteknappheit in der Industrie veranlasste einerseits öffentliche Ausgaben für Weiterbildungsprogramme, und andererseits motivierte sie die zuvor in der Landwirtschaft Beschäftigten, in diesem Sektor nach Arbeit zu suchen angesichts der Aussicht auf höheres Einkommen und angesichts

der Subventionen, mit denen die Aufgabe landwirtschaftlicher Betriebe gefördert wurden. Doch das waren nicht die einzigen politischen Modernisierungsmaßnahmen. Dass Frauen zunehmend im expandierenden kommunalen Dienstleistungssektor, wie z.B. im Gesundheitswesen, der Kinderbetreuung oder im Schulwesen, Beschäftigung fanden, half den ländlichen Familien, das Familieneinkommen zu stabilisieren oder sogar zu erhöhen. Ein zentraler Unterschied zwischen der nordischen und der kontinentalen Agrarpolitik bestand also darin, dass in Skandinavien die Regierungen nicht nur (männlichen) Bauern halfen, in der Industrie Beschäftigung zu finden, sondern auch Frauen darin unterstützten, vom landwirtschaftlichen in den – meist kommunalen – öffentlichen Dienstleistungsbereich zu wechseln.<sup>26</sup> Der schwedische Fall ist in dieser Hinsicht exemplarisch:

*„local public sector has accounted for all employment growth in Sweden since the early 1960s“* und *„all of it has been by women“*.<sup>27</sup> Der deutliche Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung in den skandinavischen Ländern scheint daher unzureichend mit einem pauschalen Hinweis auf eine angebliche *„social democratic ideology of equality“* erklärt, die *„expanded from the traditional domain of class relations to gender relations“*.<sup>28</sup> Vielmehr scheint die aktive politische Förderung des Strukturwandels einen zentralen Beitrag zu diesem Prozess geleistet zu haben. Aber in diesem Prozess spielten neben der Sozialdemokratie auch die Agrarparteien eine ganz wesentliche Rolle.

In Kontinentaleuropa hingegen folgte – meist unter dem Einfluss christdemokratischer Parteien – die Reaktion auf die De-Ruralisierung eher einem inter-generationalen Muster. Sozialstaatliche Transferprogramme (insbesondere die Altersversicherung für Landwirte) wurden zu einem Instrument der Agrarpolitik, wenn Vorruhestandsprogramme es den Landwirten erleichtern sollten, ihre Höfe aufzugeben. Der entscheidende Unterschied

<sup>21</sup> David Vail/Knut Per Hasund/Lars Drake, *The greening*, 1994.

<sup>22</sup> Daniele Caramani, *Elections in Western Europe since 1815. Electoral Results by Constituencies (The Societies of Europe, Bd. 1)*, London/New York, 2000; ders., *The Nationalization of Politics*, 2004; Philip Manow/Kees van Kersbergen, *The impact of class coalitions, cleavage structures and church-state conflicts on welfare state development*, *Political Science Working Papers*, Vrije Universiteit Amsterdam 2006/03; dies. (Hg.), *Religion, Class Coalitions and the Welfare State*. (Cambridge Series on Social Theory, Politics and Religion), New York 2009.

<sup>23</sup> Gregory Luebbert, *Liberalism, Fascism and Social Democracy. Social Classes and the Political Origins of Regimes in Interwar Europe*, New York 1991.

<sup>24</sup> David Vail/Knut Per Hasund/Lars Drake, *The greening*, 1994, S. 70f.

<sup>25</sup> Lars Olof Persson, *Support for Agriculture - an Appropriate Regional Policy Instrument? The Case of Northern Sweden*, in: *Journal of Rural Studies* 5 (1989) 4, S. 349-359; ders./Erik E. Westholm, *Turmoil in the Welfare System Reshapes Rural Sweden*, in: *Journal of Rural Studies* 9 (1993) 4, S. 397-404, hier S. 398.

<sup>19</sup> Andrew Moravcsik, *The choice for Europe. Social purpose and state power from Messina to Maastricht*, Ithaca, N.Y. 1998.

<sup>20</sup> Almas, *Family Farming*, in: Boguslav Galeski/Eugene Wilkening (Hg.), 1987, S.86; Ulrich Nitsch, *A persistent Culture: Some Reflections on Swedish Family Farming*, in: dies. (Hg.), 1987, S. 103.

<sup>26</sup> Fritz W. Scharpf, *Employment and the Welfare State: A Continental Dilemma*, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung [MPIfG] Working Paper 97/7 (1997).

<sup>27</sup> Sherwin Rosen, *Public Employment and the Welfare State in Sweden*, *Journal of Economic Literature* [JEL], 34 (1996) 2, S. 729-740, Zitat S. 729.

<sup>28</sup> Evelyne Huber/John D. Stephens, *Partisan Governance*, in: *ASR* 65 (2000), S. 326.

ist, dass auf dem Kontinent eine zeitgleiche Expansion der Beschäftigung im öffentlichen oder privaten Dienstleistungssektor nicht stattfand.

#### IV. Zusammenfassung

War die De-Industrialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg der wesentliche Motor der wohlfahrtsstaatlichen Expansion in den entwickelten Industrienationen? Wie gezeigt, erscheint es bereits irreführend, den Beschäftigungsrückgang im Landwirtschaftssektor mit dem in der Industrie unter dem Begriff der „De-Industrialisierung“ zusammenzufassen. Die OECD-Länder haben am Ende des Zweiten Weltkrieges sehr unterschiedliche sektorale Beschäftigungsstrukturen und waren in der Folge auch unterschiedlichen Prozessen des Sektorwandels unterworfen. Dabei zeigt sich – grob gesprochen – ein skandinavisches und ein kontinentales Anpassungsmuster mit Unterschieden in ihrer parteipolitischen Begleitung: Sozialdemokratische Parteien und Agrarparteien, die in den skandinavischen Ländern politische Antworten auf den erheblichen Beschäftigungsrückgang im Agrarsektor finden mussten einerseits, und christdemo-

kratische Parteien andererseits, die in Kontinentaleuropa zur gleichen Zeit ebenfalls die Interessen der Bauern angesichts der erheblichen Rationalisierungsprozesse im Ersten Sektor zu wahren hatten, die aber insbesondere 20 bis 30 Jahre später durch den starken Beschäftigungsabbau im industriellen Sektor gefordert wurden. Der Wohlfahrtsstaat kam dabei erst beim Übergang vom Industriesektor in den Dienstleistungssektor wirklich ins Spiel, der vorangehende Wechsel aus der Landwirtschaft in die Industrie musste nicht besonders wohlfahrtsstaatlich abgedeckt werden.

Wir können die These von Iversen und Cusack daher allenfalls für bestimmte Zeitabschnitte und auch nur für bestimmte Aspekte der Wohlfahrtsstaatlichkeit bestätigen. Dabei zeigte sich, dass die Abwanderung von der Landwirtschaft in die Industrie in den 50er und 60er Jahren wesentlich unproblematischer verlief als der spätere Übergang in eine postindustrielle Gesellschaft. Der industrielle Sektor war einfach deswegen attraktiv, weil er bessere, sicherere und lukrativere Arbeitsplätze bot. Auch wirkte die Sektorgrenze zwischen Landwirtschaft und Industrie kaum als Qualifikati-

onsbarriere. Daher erklärt der Sektorwandel in den ersten zwei bis drei Nachkriegsdekaden auch nicht die in diesem Zeitraum sich vollziehende enorme Wohlfahrtsstaatsexpansion.

Philip Manow  
Telefon: 0421/218-58580  
manow@zes.uni-bremen.de

## IMPRESSUM

*Herausgeber:* Zentrum für Sozialpolitik · Universität Bremen  
UNICOM- Gebäude  
Mary Somerville-Str. 5, 28359 Bremen

*Redaktion:* Dr. Christian Peters

*Gestaltung:* Wolfgang Zimmermann, Sonja Rose

*Sekretariat:* Sonja Rose  
Tel.: 0421/218-58500 · Fax: 0421/218-58622  
srose@zes.uni-bremen.de

*Auflage:* 600

erscheint zweimal jährlich · ISSN-Nr. 1619-8115

# The Current Economic Crisis and the Welfare State

von Peter A. Hall

*Vorliegender Text ist die überarbeitete Version eines Beitrages von Peter A. Hall (Harvard University; zur Zeit Hanse-Wissenschaftskolleg, Delmenhorst), die dieser anlässlich der Podiumsdiskussion „Whose Crisis? The Social Policy Dimension of Financial Crisis and What it Means for Welfare State Research“ am 19. November 2010 im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung auf der Tagung "Never Waste a Good Crisis" präsentierte. Diese Konferenz wurde von der Volkswagen Stiftung im T.H. Marshall Programm gefördert. Aufgrund der Aktualität des Themas und der Bedeutung der Beiträge werden pointierte Fassungen der Interventionen in den WZB-Mitteilungen und im ZeS-Report präsentiert. Das ZeS eröffnet mit vorliegendem Text die Serie. Die Beiträge von John Hills (LSE), Chiara Saraceno (WZB Berlin) und Herman Schwartz (University of Virginia) werden Anfang 2011 arbeitsteilig in beiden Zeitschriften präsentiert.*

What is the significance of the current economic crisis for the welfare state? Will the financial crisis and economic recession of 2008-2009 inspire renewed appreciation for the value of social safety-nets or cut-backs in spending that threaten social solidarity? Only time will tell, but it is not too early to make some tentative predictions.

We should begin by recognizing that the import of the crisis is different in different types of political economies, and not only, as the French Finance Minister has said, because the welfare states of continental Europe have automatic stabilizers lacking in the countries Gösta Esping-Andersen described as liberal welfare states. Stylizing slightly, we can distinguish two very different 'growth models' in the economic strategies of the developed democracies over the past two decades. Especially relevant are differences in how they resolved two key problems, namely, the problem of ensuring adequate demand for their products and the problem of mobilizing political consent for the neo-liberal policies that all have pursued to one degree or another over the past two decades. The latter is a serious problem because neo-liberal policies tend to increase wage inequality, and so cannot be presented as a 'class compromise' because they deliver more obvious benefits to people on one side of the class divide than to those on the other.

Over the last twenty years, several liberal market economies, such as the U.S. and the U.K., have embraced models in which economic growth is led by consumer demand. But this is not easy to accomplish when median and below-median incomes are stagnating, as they have been for more than a decade in the United States. Thus, as Raghuram Rajan has observed, the indispen-

sible complement has been financial regulations that offered consumers cheap credit, to see them through adverse life events or fluctuations in the economy, and ready access to government-guaranteed mortgages that fed housing booms, giving many people the illusion that their wealth was increasing even if their real incomes were not. These measures also mobilized consent for neo-liberal policies that on any standard assessment would not seem to benefit ordinary voters. Fueled by the cheaper credit that entry into European monetary union and German export surpluses provided, several southern European countries also pursued variants of this growth model over the past decade.

By contrast, in these years, the continental economies of northern Europe developed growth models in which demand was led by exports that were made competitive through processes of coordinated wage bargaining and incremental innovation. The varieties-of-capitalism literature explains why these political economies were well-suited to such strategies. In continental Europe, political consent for neo-liberal policies has been secured in two ways over the past twenty years. On the one hand, more generous social programs were used to offset the effects of rising wage inequality on disposable income. On the other hand, measures that began with the Single European Act of 1986 turned the European Union into an agent for market liberalization behind which national governments could hide.

At first glance, we might think that the fiscal problems generated by the recent economic recession pose the biggest problems for the largest welfare states, such as those in northern Europe. With these models as a backdrop, however, we can see that, paradoxically, just the

reverse is the case. The real crisis of the welfare state is likely to occur in the liberal market economies, for two reasons. First, these countries incurred especially high deficits in the wake of the crisis in order to revive growth based on longstanding models led by consumer demand, and thus serious cutbacks may be required there to restore fiscal balance. Second, the dramatic reductions in lending that followed the financial crisis have especially severe consequences in economies where the well-being of ordinary people has depended so heavily on housing booms and easy access to credit – essentially hidden features of the Anglo-American welfare states. Thus, it is in the already-residual welfare states of the US and Britain that social protection and the well-being of the poor are likely to suffer the most in the coming years.

Much the same can be said of southern Europe, although sovereign debt crises are forcing even more immediate and draconian spending cuts there, while the effects of the crisis on the welfare states of northern Europe are likely to be less substantial. Even there, efforts to restore fiscal balance will eat into social benefits, but export-led growth should ease the pain, and, in most of these countries, ordinary people are less dependent on consumer lending to sustain their well-being.

What might the long-term effects of the crisis be on political support for the welfare state? At first glance, we might expect that support to rise, since the negative socioeconomic impact of the crisis would have been much greater were it not for the social safety-nets that welfare states now provide, and the failure of many market-oriented policies that the crisis revealed might be expected to revive interest in more interventionist policies. In some countries where

the crisis is especially severe, that might happen.

On the whole, however, there are several reasons to expect a more muted response, marked by a reluctance to increase the role of the state in the economy. First, despite the examples of Franklin D. Roosevelt and the Swedish social democrats often cited today, there is no Say's law in politics: economic crisis does not automatically call forth political mobilization on the left. History teaches us that economic downturns are just as likely to inspire a nativist response, characterized by increasing hostility to immigrants and rising support for the radical right. Second, ordinary people do not simply blame markets for economic crises: they also blame governments. Still influenced by a Keynesian era that is otherwise past, they hold governments responsible for rising unemployment. Virtually every government in power during the deep recession of the 1970s was turned out of office at the next election. Across Europe and America, distrust in government has been rising for more than a decade. People want relief from the crisis, but they do not necessarily think that more interventionist governments can provide it.

These factors go some distance toward explaining both the popularity of the Tea Party movement in the United States and the fact that the British electorate turned out a government committed to social justice in favor of one committed to fiscal austerity. Of course, the political pendulum is going to swing back and forth, but it is not necessarily going to turn toward the political left. Much will depend on who is currently in power and thus blamed for a bitter economic crisis.

Therefore, in the long run as well as the short term, we can expect the welfare states of northern Europe to endure, despite some marginal adjustments, while those at the margins of the labor market in Britain, the U.S., Ireland and southern Europe have good reason to worry whether their already-limited levels of social protection will survive the fall-out from this economic crisis.

#### References

- Esping-Andersen, Gösta, 1990: *Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton: Princeton University Press.
- Hall, Peter A.; Soskice, David, 2001 (eds.): *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of*

*Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press.

Hall, Peter A. Forthcoming. "The Political Origins of our Economic Discontents: Contemporary Adjustment Problems in Historical Perspective", in: Miles Kahler; David Lake (eds.), *Politics in the New Hard Times: The Great Recession in Comparative Perspective*.

Rajan, Raghuram, 2010. *Fault Lines: How Hidden Fractures Still Threaten the World Economy*. Princeton: Princeton University Press.

Peter A. Hall  
Telefon: 001-617/4954303-229  
phall@fas.harvard.edu

## Haushaltsnahe Dienstleistungen

Die große Mehrheit der Jobs in Privathaushalten ist nicht angemeldet. Eine Studie untersucht die Gründe – und wie die Beschäftigung im Wachstumssektor haushaltsnahe Dienstleistungen in legale Bahnen gelenkt werden könnte.

von *Manuela Schwarzkopf und Karin Gottschall*

Der Bedarf an professioneller Unterstützung im Haushalt steigt. Denn immer mehr Frauen gehen einer Erwerbsarbeit nach und haben so weniger Zeit, die weiterhin notwendigen Arbeiten in Haushalt und Familie in vollem Umfang selbst zu erledigen – Arbeiten, die traditionell und unentgeltlich von ihnen erbracht werden. Gleichzeitig sind immer mehr ältere Menschen, die mit alters- oder gesundheitsbedingter Einschränkung in ihrem eigenen Haushalt leben, bei der Pflege oder Haushaltsführung auf Unterstützung angewiesen. Befragungen zufolge beschäftigen über vier Millionen Privathaushalte in Deutschland eine Haushaltshilfe. Putzen, waschen, Kinder betreuen, Alte pflegen – in der Regel geschieht dies ohne Arbeitsvertrag und Sozialversicherung. Von den Beschäftigten in Privathaushalten sind 90 Prozent weiblich, viele haben einen Migrationshintergrund, einige keine Arbeits- oder Aufenthaltserlaubnis.

Die Frage ist: Wie lassen sich nicht angemeldete, prekäre Jobs in reguläre und möglichst sozialversicherte Stellen überführen? Karin Gottschall, Professorin am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen, und Manuela Schwarzkopf vom Institut Arbeit und Qualifikation haben untersucht, welche rechtlichen und institutionellen Anreize dazu führen, dass nur etwa zehn Prozent der Arbeitsverhältnisse in Privathaushalten angemeldet sind.<sup>1</sup> Offenbar

<sup>1</sup> Karin Gottschall, Manuela Schwarzkopf: Rechtliche und institutionelle Anreize zu irregulärer Arbeit in Privathaushalten in Deutschland. Bestandsaufnahme und Lösungsansätze, Studie für die Hans-

haben nicht nur die Haushalte als Arbeitgeber, sondern auch die Angestellten selbst – trotz des „erheblichen Prekarisierungspotenzials“ und zum Teil „quasifeudaler Bedingungen“ – ein Interesse an irregulären Beschäftigungsformen, so die Wissenschaftlerinnen.

Aus Sicht der Beschäftigten machen

bleiben einer Arbeitslosengeld-II-Bezieherin von 400 Verdienst nur 160 Euro. Wer einen Anspruch auf Kinderzuschlag oder Grundsicherung im Alter hat, muss ebenfalls damit rechnen, dass ein regulär erzieltetes Arbeitseinkommen zu großen Teilen angerechnet wird.

> die eingeschränkten Erwerbsmöglichkeiten für Arbeitslosengeld-I-Beziehende. Sie dürfen maximal 15 Stunden pro Woche arbeiten. Verdienste über 165 Euro pro Monat werden vollständig angerechnet.

> Steuern und Sozialabgaben, die anfallen, sofern Putz- oder Betreuungsjobs mehr als 400 Euro im Monat abwerfen. Bei Frauen, die bereits einen sozialversicherungspflichtigen Hauptjob haben oder verheiratet und in einer ungünstigen Steuerklasse sind, können zunächst relativ hohe Steuersätze greifen, die das verbleibende monatliche Nettoeinkommen aus diesem Zweit- oder Nebenjob erheblich mindern. Zuviel gezahlte Steuern werden zwar mit dem Lohnsteuerjahresausgleich zurückerstattet, der psychologische Effekt beim Blick auf die monatliche Gehaltsabrechnung und den geringen Auszahlungsbetrag darf jedoch nicht unterschätzt werden. Zudem müssten sich bislang beitragsfrei mitversicherte Ehefrauen

selbst krankenversichern und Beiträge entrichten, was das Nettoeinkommen weiter reduziert, ohne dass den zusätzlichen Abgaben aktuell wirksame Leistungsverbesserungen gegenüber stehen.

Angesichts der zum Teil komplizierten Regularien könnten Frauen deshalb bei der Suche nach einem Putz- oder Betreuungsjob „vorsichtshalber“ auf



Ob diese Jobs wohl angemeldet sind ?

Illustration: TeER

zahlreiche gesetzliche Regelungen einen unangemeldeten Job attraktiver als einen regulären. Darunter fallen für Haushaltshilfen mit deutscher Staatsbürgerschaft der Untersuchung zufolge etwa

> die Zuverdienstregeln für Sozialleistungsbeziehende. Beispielsweise

irreguläre Beschäftigung setzen, vermuten die Wissenschaftlerinnen. Denn ohne umfangreiche Kenntnisse des Steuer- und Sozialrechts falle es schwer, das individuelle „Kosten-Leistungs-Verhältnis“ eines legalisierten Neben- oder Zweitjobs richtig einzuschätzen.

Haushaltshilfen ohne deutsche Staatsbürgerschaft sehen sich noch mit anderen Schwierigkeiten konfrontiert. Während Menschen aus den alten EU-Staaten in der Regel ohne Probleme als Selbständige oder Angestellte in Deutschland arbeiten können, brauchen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Osteuropa zunächst eine Arbeitserlaubnis. Diese wird in Deutschland nur erteilt, wenn keine Bewerberinnen und Bewerber aus Deutschland oder der alten EU zur Verfügung stehen und wenn es sich um einen berufsfachlich qualifizierten Job oder eine ausdrücklich in der Beschäftigungsverordnung aufgeführte Tätigkeit wie Altenpflege oder Au-pair handelt. Für Bürgerinnen und Bürger aus Staaten außerhalb der EU liegen die Hürden noch höher.

Aus Sicht der Arbeitgeber stehen neben erhöhten Kosten vor allem bürokratische Anforderungen einer Legalisierung irregulärer Beschäftigungsverhältnisse im Weg. Allein den Meldepflichten bei den verschiedenen Sozialversicherungsträgern nachzukommen, überfordere die meisten Privathaushalte, so die Studie. Ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis erfordere „eher die Übertragung an ein Steuerberatungsbüro“. Lediglich der Minijob dürfte für viele Haushalte infrage kommen: Hier genügt eine einmalige Anmeldung bei der Minijob-Zentrale; die zu zahlenden Sozialversicherungsbeiträge von gut zwölf Prozent des Arbeitsentgelts werden automatisch abgebucht. Insbesondere Ältere könnten jedoch auch vor diesem – vereinfachten – Verfahren zurückschrecken, schreiben die Forscherinnen. Die vornehmlich internetbasierten Informationsangebote und Anmeldemöglichkeiten der Minijob-Zentrale erreichen diese häufig nicht und Beratungsstellen, die über Minijobs im Privathaushalt informieren und auch bei der Anmeldung und weiteren Administration unterstützen, gibt es vor Ort nicht. Vielfach bestehe zudem Unkenntnis darüber, dass Beschäftigungen angemeldet werden müssen. Insbesondere bei zeitlich sehr geringfügigen bzw. unregelmäßigen Einsätzen seien Haushalte möglicherweise der – unter Umständen auch rechtlich

zutreffenden – Überzeugung, dass es sich nicht um ein anmeldepflichtiges Beschäftigungsverhältnis handle, sondern um eine vergütete Form der Nachbarschaftshilfe. Der Übergang von der Nachbarschaftshilfe zur erwerbsförmigen Beschäftigung ist unscharf und in der Praxis vermutlich auch fließend, so dass die Grenze zwischen Legalität und Illegalität vielfach unklar sein dürfte. Ein weiterer Faktor, der für viele Haushalte relevant sein dürfte: Gerade bei Pflege und Kinderbetreuung stehen häufig gar keine passenden legalen Angebote zur Verfügung.

Insgesamt zeige sich, so die Forscherinnen, dass sozial- und steuer- sowie zuwanderungsrechtliche Regelungen unter bestimmten Umständen hohe Anreize setzen, eine nicht angemeldete Beschäftigung einer regulären vorzuziehen. Darüber hinaus würden irreguläre Beschäftigungen insofern erheblich begünstigt, als dass sich die inkonsistenten und teils widersprüchlichen politischen Anforderungen an die Beschäftigten einerseits (Förderung nicht Existenz sichernder Erwerbstätigkeit versus eng begrenzter Zuverdienstmöglichkeiten) sowie an die Privathaushalte andererseits (Förderung der Frauenerwerbstätigkeit versus Privatisierung von Care-Arbeit) auf individueller Ebene im Rahmen regulärer Beschäftigung bzw. Dienstleistungsangebote nur schwer lösen lassen.

Reguläre Beschäftigung attraktiver machen ließe sich Gottschall und Schwarzkopf zufolge auf kurze Sicht durch Vereinheitlichung und Erhöhung von Zuverdienstgrenzen für Sozialleistungsbeziehende, insbesondere für jene, die auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind und sich in Folge des sehr bescheidenen Sicherungsniveaus in prekärer ökonomischer Lage befinden. Grundsätzlich wäre jedoch die Förderung von Arbeit Zielführender, die während der Beschäftigungsdauer, aber auch im Falle von Arbeitslosigkeit ein eigenständiges existenzsicherndes Einkommen gewährt. Der in der Vergangenheit forcierte Ausbau von geringfügiger Beschäftigung und des Niedriglohnssektors erweise sich hier als kontraproduktiv und sei zudem unter gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten besonders problematisch, da Frauen überproportional von Minijobs und Niedriglöhnen betroffen seien.

Für bereits in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten könnte der – legale – Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert und so die

Möglichkeit der eigenständigen Existenzsicherung durch eine reguläre Beschäftigung geschaffen werden. Die Öffnung insbesondere des Pflegearbeitsmarktes für Zuwanderungsinteressierte wird hingegen von Gottschall und Schwarzkopf nicht uneingeschränkt befürwortet, da es sich hierbei um eine Strategie mit zeitlichem ‚Verfallsdatum‘ handle, die sich nur solange erfolgreich umsetzen ließe, wie eine ausreichende Einkommensdrift zwischen den Herkunftsländern und dem Zielland existiere. Es erscheint ihnen deshalb langfristig und insbesondere mit Blick auf reguläre Beschäftigungsmöglichkeiten Zielführender zu sein, den Pflegearbeitsmarkt in einer Weise weiterzuentwickeln, dass attraktive Arbeitsplätze für in Deutschland lebende Personen und zugleich eine für Pflegebedürftige bezahlbare Angebotsstruktur entstehen. Dazu beitragen könnte auch eine Reform des Pflegegeldes und hier insbesondere die Einführung eines Pflegebudgets mit Nachweispflichten zum Verbleib der Mittel, um zu verhindern, dass diese in den grauen oder schwarzen Markt fließen.

Als zentralen Ansatz zur Förderung regulärer Beschäftigung sehen Gottschall und Schwarzkopf den staatlich geförderten Ausbau einer „kostengünstigen und bedarfsgerechten Infrastruktur zur Betreuung, Pflege von Kindern und Älteren“. Neben der Entlastung der Familienangehörigen und der Bereitstellung qualitätsgesicherter Angebote könnten zudem sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstehen. Ergänzend könnten Arbeiten im Haushalt von Dienstleistungsunternehmen statt von einer „neuen unsichtbaren Dienstbo-tenschicht“ verrichtet werden. So ließe sich das Entstehen von prekären Jobs am ehesten verhindern.

Karin Gottschall  
Telefon: 0421/218-58595  
k.gottschall@zes.uni-bremen.de



## The Oxford Handbook of the Welfare State

### - schon jetzt ein Referenzwerk der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung

Am 9. November 2010 fand im Old Theatre der London School of Economics – einem Saal der einem alten, kleinen Theater gleicht – eine doppelte Feierstunde statt: Zum einen ging es darum, das über 5 Jahre sehr erfolgreiche deutsch-britische, von der Volkswagen Stiftung getragene Kooperationsprogramm der „T.H. Marshall Fellowships“ angemessen zu verabschieden. Zum anderen wurde dem Fachpublikum mit „The Oxford Handbook of the Welfare State“ ein neues, in Umfang und Inhalt konkurrenzloses Nachschlagewerk zur vergleichenden Sozialpolitikforschung vorgestellt. Die Initiative zu diesem Werk ging von Bremen aus, zwei der fünf Herausgeber kommen aus dem ZeS, zwei weitere ausländische Herausgeber haben es am Hansewissenschaftskolleg in Delmenhorst mit erarbeitet, und von seinen 71 Autoren kommen 18, also rund ein Viertel, aus Deutschland, viele davon mit „ZeS-Wurzeln“. Ein skandinavischer Autor bezeichnete das Werk kürzlich als „the bible of welfare state research“.

Die einführenden Bemerkungen zum Abend kamen von Howard Glennerster – er selbst eine der Schlüsselfiguren der britischen Sozialpolitikforschung, gerade was die Gesundheits- und Bildungspolitik und die Nachkriegsgeschichte der Sozialpolitik angeht – und sie fassen den doppelten Anlass der Festveranstaltung anschaulich zusammen. Glennester betont die vielfältigen deutsch-britischen Forschungsbezüge, die sowohl zum T.H. Marshall-Programm als auch der Publikation des Handbuchs führten, und die herausragende Rolle, die die Stiftung in der Finanzierung gespielt hat:

„This event celebrates the culmination of two programmes of work. The first has been a highly successful piece of Anglo-German collaboration made possible by the T.H. Marshall Programme. The Volkswagen Foundation generously financed an exchange of young scholars with the LSE handling the UK side of the exchange and research centres in Bremen, Berlin and Cologne the German side. Since 2004 there have been 21 Marshall Fellows. I have had an opportunity to talk to some of them and read what they have done. They have been able to make significant contributions to Anglo-German comparative understanding.

The second reason for celebration is the publication of the Oxford Handbook of the Welfare State. As you can appreciate from its size alone - 906 pages - this was another major collaborative enterprise. The editors are Frank Castles, Stephan Leibfried, Jane Lewis, Herbert Obinger and Chris Pierson.

The two projects are linked by the extraordinary energy of Prof Stephan Leibfried and colleagues in the University of Bremen's TransState Research Centre and the Centre for Social Policy Research.

T. H. Marshall, who must have lectured in this very hall, has provided the conceptual bed rock for much recent research on comparative social policy. This holds true even if you take issue with some of his interpretations of British history, as Jose Harris does in the booklet you were handed <Jose Harris, *Citizenship in Britain and Europe*;

In 1949 Marshall claimed that 'in the twentieth century citizenship and the capitalist system have been at war'. He also claimed, now it seems rather prematurely, that 'the wars of religion have been succeeded by the wars of social doctrine'. We see those wars of social doctrine in play nowhere more than in the United States as we speak.



Paul Pierson "in the very long run"

Foto: Lucy Sargisson

So I do not think we can have anyone better suited to reflect on the past and the future of welfare states than our guest lecturer this evening Paul Pierson who joins us only by video link for reasons beyond his control.

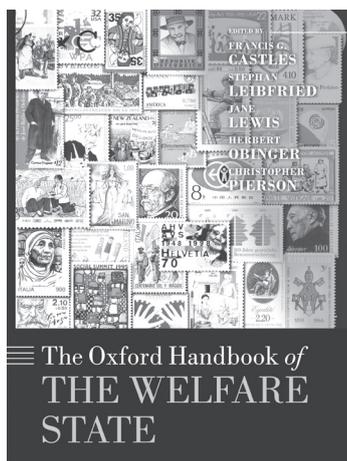
He discussed the consequences of the last economic crisis and the consequences of Mrs Thatcher and President Regan in his book

'Dismantling the Welfare State?' That was followed by 'The New Politics of the Welfare State.' - a new politics that would be dominated, he argued, by 'retrenchment'. Paul taught at Harvard and is now the John Gross Professor of Political Science at Berkeley. Tonight he is going to reflect on 'Welfare reform over the very long run'. <...>

Finally, I want to extend our thanks to Alfred Schmidt of the Volkswagen Foundation who administered the T.H. Marshall Programme and has financed our festivities today."

*ZeS-Arbeitspapier 2/2010, siehe Veröffentlichungen*>. Do read it. It gives us a fascinating glimpse of Marshall's career and his links with Germany. But despite some of the puzzling lacunae in his account, as Jose concludes, his basic argument about rights based welfare, may have even more international resonance today than when he wrote. The moral claim to certain basic human rights cannot be constrained by national boundaries.

T.H. Marshall's wife, Nadine, who attended the inaugural ceremony for the T. H. Marshall programme in 2005, sadly passed away last year. Her son and two grand daughters were not able to attend today, but we are indebted to them for two of the photographs in the brochure which reveal a much more lively and handsome Tom Marshall than the picture of him in the National Portrait Gallery.



Aus der Verlagsankündigung zum Handbook:

The Oxford Handbook of the Welfare State is the authoritative and definitive guide to the contemporary welfare state. In a volume consisting of nearly fifty newly-written chapters, a broad range of the world's leading scholars offer a comprehensive account of everything one needs to know about the modern welfare state. The book is divided into eight sections. It opens with three chapters that evaluate the philosophical case for (and against) the welfare state. Surveys of the welfare state's history and of the approaches taken to its study are followed by four extended sections, running to some thirty-five chapters in all, which offer a comprehensive and in-depth survey of our current state of knowledge across the whole range of issues that the welfare state embraces. The first of these sections looks at inputs and actors (including the roles of parties, unions, and employers), the impact of gender and religion, patterns of migration and

a changing public opinion, the role of international organisations and the impact of globalisation. The next two sections cover policy inputs (in areas such as pensions, health care, disability, care of the elderly, unemployment, and labour market activation) and their outcomes (in terms of inequality and poverty, macroeconomic performance, and retrenchment). The seventh section consists of seven chapters which survey welfare state experience around the globe (and not just within the OECD). Two final chapters consider questions about the global future of the welfare state.



Die Herausgeber: Christopher Pierson, Herbert Obinger, Francis G. Castles, Stephan Leibfried (v.l.n.r.) Foto: Lucy Sargisson

Unter anderem mit folgenden Beiträgen:

The Emergence of the Western Welfare State – *Stein Kuhnle & Anne Sander*; Post-War Welfare State Development – *Frank Nullmeier & Franz-Xaver Kaufmann*; Public and Private Social Welfare – *Willem Adema & Peter Whiteford*; Families versus State and

Market – *Mary Daly*; Needs and Risks in the Welfare State – *Jan Zutavern & Martin Kohli*; Democracy and Capitalism – *Torben Iversen*; Unions and Employers – *Bernhard Ebbinghaus*; Parties – *Manfred G. Schmidt*; Political Institutions – *Ellen M. Immergut*; Gender – *Ann Shola Orloff*; Religion – *Kees Van Kersbergen & Philip Manow*; Migration and Ethnic Minorities – *Stephen Castles & Carl-Ulrik Schieff*; Intergovernmental Organizations – *Klaus Armingeon*; Globalization – *Duane Swank*; Social Expenditure and Revenues – *Herbert Obinger & Uwe Wagschal*; Old-Age Pensions – *Karl Hinrichs & Julia F. Lynch*; Health – *Richard Freeman & Heinz Rothgang*; Long-Term Care – *August Österle & Heinz Rothgang*; Labour Market Activation – *Lane Kenworthy*; Family Benefits and Services – *Jonathan Bradshaw & Naomi Finch*; Education – *Marius R. Busemeyer & Rita Nikolai*; The Social Rights of Citizenship – *John D. Stephens*; Inequality and Poverty – *Peter Saunders*; Macroeconomic Outcomes – *Isabela Mares*; Welfare Retrenchment – *Jonah D. Levy*; Continental Western Europe – *Bruno Palier*; The English-Speaking Countries – *Francis G. Castles*; The Sustainability of Western Welfare States – *Howard Glennerster*; The Global Future of Welfare States – *Ian*

## Staatlichkeit im Wandel: Wie stehts? Wie gehts weiter?

Am 18. November 2010 konnte die Pressestelle der Universität Bremen melden: „DFG verlängert drei Sonderforschungsbereiche der Uni Bremen. 33 Millionen Euro Drittmittel für Informatik, Sozial- und Ingenieurwissenschaften“. Mehr als ein Drittel davon gingen in die Sozialwissenschaften.

### Dritte Phase für Staatlichkeit mit Elan bewilligt

In der Meldung wurde dann über die Sozialwissenschaften berichtet: Weitere zwölf Millionen Euro zusätzliches Geld erhält der Sonderforschungs-

bereich ‚Staatlichkeit im Wandel‘. Die Universität Bremen hat erneut von den Gutachtern der Deutschen Forschungsgemeinschaft exzellente sozialwissenschaftliche Forschungsleistungen bestätigt bekommen. Er ist damit der erste Sonderforschungsbereich mit politikwissenschaftlichem Schwerpunkt in der Geschichte, der überhaupt auf die volle mögliche Finanzierungszeit von zwölf Jahren kommt. Damit haben mehr als 50 junge Nachwuchswissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universität Bremen, der Jacobs University Bremen und der Universität Oldenburg

weitere vier Jahre die Möglichkeit, an höchst aktuellen Forschungsfragen zu arbeiten: Wie wandelt sich der Staat und was für Wirkungen hat das auf die Bevölkerung?

Globalisierung, Privatisierung, Liberalisierung, Individualisierung – seit rund drei Jahrzehnten gerät der klassische demokratische Rechts- und Wohlfahrtsstaat unter erheblichen Druck. Standortwettbewerb, Strukturwandel, Anpassungszwänge und auch Krisen sind einige der Folgen. Seit 2003 untersuchen Politikwissenschaftler, Soziologen, Rechts-, Wirtschafts- und

Kommunikationswissenschaftler an den drei Universitäten die Veränderungen des Nationalstaates. Ging es in den ersten vier Jahren der Arbeit darum, die Wandlungsprozesse in Art und Umfang zu bestimmen, so stand die zweite Förderperiode im Zeichen der Frage, wie der Staatswandel sich erklären lässt. Die nun bewilligte letzte Arbeitsphase von 2011 bis 2014 wird sich der Frage widmen, ob und wie sich dieser Wandel auf Qualität und Umfang jener öffentlichen Güter auswirkt, die bis vor einigen Jahren ausschließlich vom Nationalstaat bereitgestellt worden sind. Haben Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie oder Wohlfahrt in der westlichen Welt abgenommen? Hat sich ihre Qualität verschlechtert?

### Viele Sfb-Projekte aus dem ZeS

Welche Projekte aus dem ZeS gibt es im Sfb? Das ZeS ist zunächst tragend in einer der vier Säulen des Sfb engagiert, natürlich der „Wohlfahrtsdimension“, der „C-Säule“.

Zunächst die ältesten Projekte, die schon seit 2003 laufen und zur Startmannschaft gehören: Das Projekt C1 leiten Herbert Obinger und Stephan Leibfried. Es handelt von den Transformationen des Wohlfahrtsstaates in kleinen offenen Volkswirtschaften und untersucht in der dritten Phase soziale Auswirkungen und politische Reaktionen. Es hat ein Bravourstück vorgelegt, das Werk von Obinger u.a. *Transformations of the Welfare State: Small States, Big Lessons* (Oxford University Press 2010). Es ist nicht so einfach, in diese Spitzenliga der Verlage vorzudringen – aber es gelang dem Sonderforschungsbereich in der zweiten Phase drei mal.

Projekt C3 über den „Wandel der Staatlichkeit im Gesundheitswesen von OECD-Ländern“ wird von Heinz Rothgang geleitet. Die maßgebliche Veröffentlichung ist Rothgang u.a., *The State and Health Care: Comparing OECD Countries* (Palgrave Macmillan 2010) – ein Meisterstück war das auch, weil die Monographie eine Woche vor der Begehung erschien, just in time. Es ist der 17. Band in der Palgrave Reihe des Sonderforschungsbereichs.

Zu den „Langläufern“ gehört auch das Projekt B1 aus der „Legitimationsdimension“ über „Staatlichkeit und die Legitimation ökonomischer Ordnungen“, das von Frank Nullmeier geleitet wird und weit über die Sozialpolitik hinaus geht. Ein Ergebnis der zweiten Phase ist Nullmeier u.a. *Prekäre Legitimitäten: Rechtfertigung*

*von Herrschaft in der postnationalen Konstellation* (Campus 2010). Der Band bietet international die erste empirische Bestandsaufnahme der öffentlichen Anerkennung von Einrichtungen wie der G8 und der G20, die zunehmend entscheidend für die Erzeugung wie die Bewältigung globaler Ungleichheiten werden.

Zwei Projekte laufen erst seit 2008, sind also „Kurzläufer“ für 7 statt 12 Jahre: Stefan Traub und Herbert Obinger leiten das Projekt C7 „Der Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten: Privatisierung und Subventionsabbau in der OECD-Welt“. Die Projektleiter und die Mitarbeiter haben ihren Forschungsansatz 2010 in „Der Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten“ in der Zeitschrift *dms – der moderne staat* ausführlich vorgestellt (Jg. 3, Heft 1, S. 3-26). Die Projektmitarbeiterin Carina Schmitt und Herbert Obinger konnten jüngst einen Beitrag „Guns and Butter? Regime Competition and the Welfare State During the Cold War“ in *World Politics* platzieren und so für den Sfb und das ZeS den ersten Durchbruch zur Spitze in der internationalen Zeitschriftenwelt erzielen. Gratulation zu dieser Veröffentlichung auf Weltmeisterschaftsniveau.

Das Projekt D6 greift auf die „Ressourcendimension“, die „D-Säule“, aus, in der es um allgemeine Voraussetzungen für das Funktionieren des Staates geht, also um Territorium (Grenzen), Steuern und Personal. „Der Wandel des Staates als Arbeitgeber: Rollen und Selbstverständnis öffentlicher Beschäftigter und ihre Interessenvertretung im internationalen Vergleich“ ist das Thema dieses Kurzläuferprojekts, das Bernhard Kitzel, Universität Oldenburg, und Karin Gottschall am ZeS leiten. Als Einstieg aus 2008 sei empfohlen: Markus Tepe u.a., „Marktwirtschaftsmodelle und öffentliche Beschäftigungsregime in der OECD“ auch in *dms – der moderne staat* (Jg., 1, Heft 2, S. 377-398). Wenn Sozialpolitik die Schwester der Arbeitspolitik ist, dann ist dies ein Schwesterprojekt fürs ZeS.

Insgesamt laufen im ZeS also 5,5 von 16 Sfb-Projekten. Das Zentrum trägt damit ein gutes Drittel aller Projekte des Sonderforschungsbereichs und hat ca. 4 Millionen Euro aus der Gesamtsumme eingeworben.

### Wie weiter? Transnationalisierung?

Die Politikwissenschaft als alte, gediegene Stärke wurde durch die Entscheidung voll bestätigt.

Aber welche neuen Stärken könnte diese Entscheidung nahe legen? Spezielle Glückwünsche gehen insoweit an die Rechtswissenschaftler, die alle ihre Projekte durchbringen konnten; Andreas Fischer-Lescano konnte sogar zwei Projekte platzieren („Die Judizialisierung internationaler Streitbeilegung“, „Reaktionen auf Güterkonflikte der postnationalen Sicherheitspolitik“), Graf Calliess sein 2007 übernommenes („Die Verfassung des globalen Handels“), Gert Winter seines neu-konstituiert und zusammen mit dem zumal im ZeS herzlich willkommenen Sozialrechtler Friedhelm Hase („Transnationale Regulierung und Verfassungsstaatlichkeit“) und Josef Falke und Christian Joerges ihres in alter Treue und mit mehr Karl Polanyi gewürzt, also mit großer Aufmerksamkeit für die „embeddedness“ von EU- und WTO-Politiken („Handelsliberalisierung und Sozialregulierung in transnationalen Konstellationen“).

Das alles könnte Humus für eine starke und erstarkende Forschung im Fachbereich Rechtswissenschaft sein und werden. Es würde, wenn sich der Verlauf verstetigen kann, der Universität nicht nur in der Exzellenzinitiative ein weiteres Plus beschieren, sondern dem Bremer Jura-Standort eine ganz besondere Kontur geben: So viele forschungsstarke rechtswissenschaftliche Fachbereiche gibt es in der Republik nicht. Vor kurzem fehlte nur wenig, und Bremen hätte Heidelberg auf Platz eins im DFG-Forschungs-Ranking überholt. Vielleicht gelingt das 2011 mit dem einen zusätzlichen Projekt? Jedenfalls gratulieren wir dem Fachbereich Rechtswissenschaft.

Wenn wir einmal unterhalb der Träume von einem Cluster „Coping with Instabilities – Institutional Dynamics in Welfare Societies“ weiter denken – also einem Cluster in dem wir alle Bremer Stärken in Politikwissenschaft, Soziologie und Rechtswissenschaft mit den Sozialwissenschaften in Oldenburg, insbesondere der starken Volkswirtschaftslehre, vereinen können und der seit September als Vortrag bei den Exzellenzgremien liegt –, dann würde vieles für neue Initiativen sprechen, die sich mit der *Transnationalisierung*, also mit der Kombination aus Privatisierung und Internationalisierung beschäftigen. Wenn der Nationalstaat unter Internationalisierungsdruck gerät, ohne dass sich regional oder global staatsähnliche Gebilde entwickeln, dann stellt sich die Frage: Welches Selbstorganisationspotential besitzt die Gesellschaft selbst jen-

seits nationaler Grenzen? Traut man den Märkten nicht zu, dass sie ohne Einbettung die soziale Integrationsleistung auf Weltebene vollbringen, muss man nach Formen einer transnationalen Bürgergesellschaft suchen. In der Fluchtlinie der Sfb-Konzeption liegt daher der massive Einstieg in die Transnationalisierungsforschung.

Und ein externe Parameter wird immer zu beachten sein, nennen wir ihn – in Erinnerung an die Northwestern University – „die Nordwestuniversität“:

die Universität Oldenburg, die Jacobs University Bremen und die Universität Bremen müssen sich in den Sozialwissenschaften zunehmend als eine Forschungslandschaft verstehen und sich stärker verzahnen, bottom up wie top down. Gegen Großregionen wie Berlin, München und Rhein-Main, die selbst dann aus dem Vollen schöpfen können, wenn sich viele Akteure vor Ort einander nicht ganz grün sind, hat eine Region wie der Nordwesten nur dann eine Chance, wenn sie ihre

Kompetenzen ballt und sie über alle Eifersüchteleien hinweg frühzeitig koordiniert. Die BIGSS und der Sonderforschungsbereich Staatlichkeit sind insofern erste Modelle, ebenso der Cluster.

#### Kontakt

Stephan Leibfried  
Telefon: 0421/218-58566  
stlf@zes.uni-bremen.de

## BERICHTE / TAGUNGEN

### Konsumenten, Unternehmen und Entscheider. Akteure in Wohlfahrtsmärkten

Workshop der Forschungsgruppe "Ökonomisierung und Vermarktlichung von Sozialpolitik".  
am 17./18. Juni 2010 in Bremen

In Kooperation mit der University of Edinburgh und dem WSI in der Hans-Böckler-Stiftung fand am 17. und 18. Juni 2010 der dritte Workshop der Forschungsgruppe „Ökonomisierung und Vermarktlichung von Sozialpolitik“ am Zentrum für Sozialpolitik statt.

Stephan Köppe (University of Edinburgh), Florian Blank (WSI) und Tanja Klenk (ZeS) haben den Workshop über neue Entwicklungen im Bereich der Privatisierung und Vermarktlichung von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen organisiert. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen diskutierten insbesondere die Rolle von Akteuren in Wohlfahrtsmärkten während der zweitägigen Veranstaltung.

Ziel des Workshops war es, Nachwuchskräfte und etablierte Forscher in dem Feld an einen Tisch zu bringen, um ein Netzwerk zur Privatisierung und Vermarktlichung von Sozialpolitik

zu etablieren. Das Netzwerk ist international ausgerichtet mit Gästen aus Frankreich und Großbritannien.

Am ersten Tag wurde vor allem die Rolle von Unternehmen und Entscheidungsträgern diskutiert. Die Vorträge behandelten die Strategien von Unternehmen in Wohlfahrtsmärkten wie Lobbying, Marketing und soziales Management. Bei den Vorträgen zum Einfluss der politischen Entscheidungsträger bei der Implementierung von Wohlfahrtsmärkten lag der Schwerpunkt auf kommunalen Akteuren, Gewerkschaften und religiösen Interessengruppen.

Der zweite Tag umfasste theoretische und empirische Beiträge zum Themenbereich "Konsumenten auf Wohlfahrtsmärkten". Diskutiert wurden die multiplen Nutzerrollen auf Wohlfahrtsmärkten, wie Informationen und Institutionen Konsumentenverhalten

beeinflussen und soziologische Analysen über den Abschluss von privaten Sicherheitspaketen (u. a. Riester-Renten).

Im Anschluss an diesen dritten Workshop sind weitere Aktivitäten geplant worden. Sowohl innerhalb der Nachwuchsgruppe als auch im Expertenkreis sind weitere Workshops geplant, insbesondere mit Praktikern aus dem Bereich Wohlfahrtsmärkte um ein breiteres Publikum anzusprechen.

#### Kontakt

Stephan Köppe  
stephan.koepp@ed.ac.uk

Florian Blank  
florian-blank@boeckler.de

Tanja Klenk  
Telefon: 0421/218-58578  
tklenk@zes.uni-bremen.de

## Arzneimittelversorgung am Patientennutzen ausrichten - Medizinkongress "Arzneimittelbewertung, Arzneimittelversorgung und Finanzierung der Arzneimitteltherapie"

Medizinkongress am 06.07.2010 in der Katholischen Akademie in Berlin

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Gerd Glaeske fand der diesjährige Medizinkongress der BARMER GEK und des Zentrums für Sozialpolitik am 06.07.2010 wieder in Berlin statt. Neben Pharmaexperten, Gesundheitsökonomern und Kassenvertretern diskutierten 280 Fachleute aus Medizin, Politik, Wissenschaft, Industrie und Verbänden zum Thema "Arzneimittelbewertung, Arzneimittelversorgung und Finanzierung der Arzneimitteltherapie".

Der Einsatz von Arzneimitteln gehört zu den wichtigsten Instrumenten ärztlicher Hilfe und erfordert besondere Aufmerksamkeit und die Berücksichtigung unterschiedlicher Anforderungen. Die Finanzierung und die Bewertung vor allem neuer Arzneimittel unter den Rahmenbedingungen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sowie die Förderung einer rationalen Arzneimitteltherapie zählen dabei zu den wichtigsten Herausforderungen für die Zukunft. Drei Tage vor der ersten Lesung zum Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz (AMNOG) konnte das Thema des Kongresses kaum aktueller sein.

Birgit Fischer, Vorstandsvorsitzende der BARMER GEK, und deren stellvertretender Vorstandsvorsitzender Dr. Rolf-Ulrich Schlenker referierten zur Arzneimittelversorgung aus Sicht einer gesetzlichen Krankenkasse. Fischer forderte, dass der Patientennutzen der wesentliche Maßstab für Arzneimittelinnovationen und die Arzneimittelgesetzgebung sein muss. Schlenker schätzte die im AMNOG vorgesehenen Instrumente einer Nutzen-Schnellbewertung neuer Me-

dikamente sowie Verhandlungen über einen GKV-Erstattungspreis als einen gewissen Fortschritt ein, aber auch als ein Experiment mit ungewissem Ausgang.

Prof. Dr. Eberhard Wille, Universität Mannheim, thematisierte die Finanzierung hochpreisiger Arzneimittel in der GKV und erörterte Regulierungsinstrumente wie die kassenindividuellen Arzneimittellisten oder die vierte Hürde. Prof. Dr. Matthias Schrappe, Universität Bonn, griff die Vermeidung von Anwendungsfehlern in der Arzneimittelversorgung als Aufgabe des Aktionsbündnisses Patientensicherheit auf und forderte mehr Kooperation im Gesundheitswesen, verbunden mit einer multiprofessionellen und interdisziplinären Herangehensweise.

Prof. Dr. Wolf-Dieter Ludwig, Helios Klinikum Berlin-Buch, betrachtete als Vertreter der Arzneimittelkommission der Deutschen Ärzteschaft versorgungsrelevante Kriterien für die Bewertung neuer Arzneimittel und bezweifelte, ob Patientennutzen und moderne Bewertungsmethoden im neuen Gesetz angemessen berücksichtigt sind. Ludwig plädierte für einen verstärkten Einsatz von "Horizon Scanning Systemen" zur Erkennung und frühen Bewertung von neuen medikamentösen Therapiekonzepten. Im Mittelpunkt der Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln stehe der Vergleich, erläuterte Prof. Dr. Peter Sawicki, der zwischenzeitlich ausgeschiedene IQWiG-Leiter, und betonte, Entscheidungsfindung dürfe nicht allein ärztlicher Erfahrung überlassen bleiben.

Geht das AMNOG aus Sicht der Krankenkassen und Wissenschaft nicht weit genug, so bedeutet es für die pharmazeutischen Hersteller eine Herausforderung. Aus Sicht von Timm Volmer, Ex-Geschäftsführer von Wyeth Pharma, kommt auf die Hersteller ein "Paradigmenwechsel" zu, selbst wenn eine echte Kosten-Nutzen-Bewertung künftig nur noch nachrangig wäre. Volmer versicherte, dass die Hersteller die erforderlichen Dossiers schnell auf die neuen gesetzlichen Anforderungen abstimmen und den Bedarf spezieller Patientengruppen stärker erforschen werden.

Abschließend diskutierte Prof. Dr. Gerd Glaeske, Universität Bremen, die Bedeutung der Versorgungsforschung mit Arzneimitteln als Basis für mehr Patientennutzen. Zudem forderte Glaeske, dass die gesetzliche Krankenversicherung diese Forschung mit einem festen prozentualen Anteil unterstützen müsse. Die Nutzen-Schnellbewertung neuer Medikamente betrachtete er kritisch, da zum Zeitpunkt der Zulassung der tatsächliche Patientennutzen von kostenintensiven neuen Arzneimitteln zunächst ungewiss sei.

Der 6. Medizinkongress findet am 28.06.2011 wieder in Berlin statt.

### Kontakt

Cornelia Trittin  
Telefon: 0421/218-58560  
ctrittin@zes.uni-bremen.de

## Emmy-Noether-Nachwuchsforschungsgruppe zu Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze am ZeS eingerichtet

Von Oktober 2010 an fördert die Deutsche Forschungsgemeinschaft eine am Zentrum für Sozialpolitik angesiedelte Emmy-Noether-Nachwuchsforschungsgruppe zum Thema „Erwerbsarbeit jenseits der Rentengrenze in Deutschland und Großbritannien“. Die Nachwuchsforschungsgruppe wird von Dr. Simone Scherger geleitet und ist in der Abteilung Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat (Leitung Prof. Dr. Karin Gottschall) angesiedelt.

Das auf fünf Jahre angelegte Projekt, in dem drei Projektmitarbeiter/innen und zwei Hilfskräfte beschäftigt sein werden, soll Ausmaß und Bedeutung von Erwerbstätigkeit im Rentenalter bzw. nach dem Übergang in den Ruhestand empirisch fundiert und ländervergleichend für Deutschland und Großbritannien untersuchen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei vor dem Hintergrund spezifischer männlicher und weiblicher Normalbiographien den möglicherweise unterschiedlichen sozialen Implikationen von Erwerbstätigkeit in dieser Lebensphase für Frauen und Männer.

Bezahlte Erwerbstätigkeit im Ruhestand stellt eine bisher atypische, aber bei Männern wie Frauen immer häufiger auftretende Kombination von Erwerbstätigkeit, Zahlungen aus (mindestens) einer Altersrente und Lebensalter dar, die der Endgültigkeit des Übergangs in den Ruhestand und der entsprechend standardisierten Sequenz entgegensteht. Vor dem Hintergrund sich wandelnder demographischer Strukturen und damit verbundener Wohlfahrtsstaatereformen ist Erwerbstätigkeit im Rentenalter ein aktuelles und sowohl sozialwissenschaftlich als auch politisch relevantes Thema.

Das Projekt gliedert sich in drei Teilprojekte:

*Im ersten Teilprojekt* werden anhand quantitativer Sekundärdatenanalysen Vorkommen und Strukturen von

Erwerbstätigkeit im Ruhestand untersucht. Es soll geklärt werden, welche individuellen sozialstrukturellen Merkmale und welche erwerbs- und familienbiographischen Konstellationen dazu führen, dass Rentner noch erwerbstätig sind, und welche Effekte Erwerbstätigkeit im Ruhestand auf Gesundheit und Lebenszufriedenheit hat.

*Im zweiten Teilprojekt* wird auf Basis



*Dr. Simone Scherger studierte Soziologie, Philosophie und französische Philologie in Bonn und Brüssel. Von 2001 bis 2006 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf an der FU Berlin und promovierte dort bei Martin Kohli zum Thema "Destandardisierung, Differenzierung Individualisierung. Westdeutsche Lebensläufe im Wandel" (2007 im VS Verlag erschienen). Bevor sie ans ZeS wechselte war Simone Scherger Research Fellow am ESRC Centre for Research on Socio-Cultural Change (CRESC) der University of Manchester.*

problemzentrierter Interviews mit Erwerbstätigen im Ruhestand rekonstruiert, wie diese mit den institutionellen Vorgaben umgehen und welche individuelle biographische Bedeutung bezahlte Arbeit für sie hat.

*Das dritte Teilprojekt* beschäftigt sich mit den wohlfahrtsstaatlichen Traditionen und den institutionellen Arrangements, die sich auf Erwerbstätigkeit im Alter beziehen, und den mit ihrem Wandel befassten gesellschaftlichen Diskursen, in denen unterschiedliche kollektive und korporative Akteure um Arbeit im Alter und um zukünftige Formen der Altersvorsorge streiten. Die an qualitativ-sinnrekonstruktiven Methoden orientierte Analyse dieser Diskurse, wie sie sich in Textdokumenten (etwa Stellungnahmen der beteiligten Akteure oder Zeitungsartikel) und in Experteninterviews niederschlagen,

soll sozial verankerte Vorstellungen zu Alter, Arbeit und Altersvorsorge fokussieren, insbesondere die normativen Leitkonzepte individueller Verantwortlichkeit und von Gerechtigkeit in ihren verschiedenen Spielarten.

Die Analyse des Wandels von Erwerbsformen im Zusammenhang mit sozialpolitischer Regulierung stellt einen Schwerpunkt der Forschung in der Abteilung Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat dar. So wurde bisher unter anderem die Ausweitung und soziale Absicherung von Alleinselbständigkeit als neuer Erwerbsform und die Regulierung von Arbeit in Privathaushalten untersucht (siehe Beitrag auf S. 9 in diesem ZeS Report). Die Untersuchung von Erwerbstätigkeit bei Rentnern ergänzt die bisher querschnittsorientierte Forschungsperspektive der Abteilung um die in den Bremer Sozialwissenschaften prominente Lebenslaufperspektive. Das Forschungsprojekt trägt insbesondere dazu bei, das Zusammenspiel individuellen biographischen Handelns und wohlfahrtsstaatlicher Institutionen unter sich wandelnden Bedingungen auf beiden Ebenen zu verstehen. Der Vergleich zwischen Deutschland und Großbritannien lässt dabei den Einfluss unterschiedlicher institutioneller Bedingungen und wohlfahrtsstaatlicher Traditionen hervortreten, und die Kombination quantitativer und qualitativer Methoden ermöglicht den Dialog zwischen struktur- und handlungsorientierten Perspektiven.

### Kontakt

Karin Gottschall  
telefon: 0421/218-58595  
k.gottschall@zes.uni-bremen.de

Simone Scherger  
Telefon: 0421/218-58569  
simone.scherger@zes.uni-bremen.de

## Beurteilung der Beratungsqualität in der Versandapotheke europa apotheek venlo im Bereich Selbstmedikation

Seit gut 10 Jahren bewegt das Thema Versandapotheken die Gesellschaft. Stellen sie eine Gefahr für die Arzneimittelsicherheit dar oder können sie dabei helfen die Arzneimittelkosten zu senken? Die Öffentlichkeit wird regelmäßig über Beratungsmängel in Apotheken informiert und zwar in Versandapotheken genauso wie in öffentlichen Apotheken. „Pseudo-Customer“-Tests haben sich mittlerweile als aussagekräftiges Instrument zur Beurteilung der Beratungsqualität etabliert und werden regelmäßig durch Apothekerkammern und andere Institutionen durchgeführt.

Im April 2010 testete die Stiftung Warentest 50 Versand- und Vor-Ort-Apotheken. Darunter war auch die europa apotheek venlo. Insgesamt schnitten die Versandapotheken schlechter als im Vortest der Stiftung Warentest ab, auch verloren sie den Vergleich mit den Vor-Ort-Apotheken. Die Gründe dafür sah Stiftung Warentest in der „miserablen Beratung“. Die europa apotheek venlo bekam die Gesamtnote „Ausreichend“ 4,0. Die fachliche

Qualität der Beratung wurde auch mit „Ausreichend“ 4,0 bewertet. Um die Beratungs- und Servicequalität zu evaluieren, wandte sich die europa apotheek venlo im April 2010 an die Arbeitsgruppe von Prof. Dr. Gerd Glaeske.

Um einen ersten Einblick in die Beratungstätigkeit der europa apotheek venlo zu erlangen, haben 3 Apothekerinnen (S. Dicheva, A. Pötz, H. Peters) aus der Arbeitsgruppe 20 Testanrufe geplant und diese in der Zeit vom 01.05.2010 bis zum 25.06.2010 auf der Basis von 10 unterschiedlichen Szenarien bei der europa apotheek venlo durchgeführt. Pro Szenario erfolgten je 2 Anrufe. Jeder Anruf hatte eine individuelle Hintergrundgeschichte, um zu gewährleisten, dass die Antworten der Tester mit dem ausgesuchten Krankheitsbild abgestimmt waren und authentisch wirkten. In den Szenarien wurden Beratungswünsche, Präparatewünsche und die Kombination beider dargestellt. Es wurden auch Testanrufe zu aktuellen arzneimittelbezogenen Inhalten, die in

der Presse und im Fernsehen thematisiert wurden, getätigt.

Die Ergebnisse des Projekts wurden am 01.07.2010 in Venlo vorgestellt. Es wurde ein ganzheitliches Konzept entwickelt, um die Beratungsqualität zu erhöhen und reproduzierbare Ergebnisse zu erzielen.

### Kontakt

Gerd Glaeske  
Telefon: 0421/218-58559  
gglaeske@zes.uni-bremen.de

Stanislava Dicheva  
Telefon: 0421/218-58532  
s.dicheva@zes.uni-bremen.de

Anne Pötz  
Telefon: 0421/218-58531  
apoetz@zes.uni-bremen.de

Heike Peters  
Telefon: 0421/218-58530  
hpeters@zes.uni-bremen.de

## Qualitative Befragung von Spielern in Nachwuchsleistungszentren zu Bewältigungsressourcen und Leistungsentwicklung

Das Forschungsprojekt „Bewältigungsressourcen und Leistungsentwicklung. Empirische Grundlagen zur komplexen Talent- und Gesundheitsförderung“, das vom DFB gefördert wird, führt eine standardisierte Befragung von 633 jugendlichen Talenten durch. Die Befragung zielte auf ein komplexeres Verständnis der Entwicklungsaufgaben und Bewältigungsstrategien der Leistungssportler. Hierzu wurden Fragen aus einem psychologischen und aus einem sportlichen Zusammenhang gestellt und zusammen ausgewertet. Die Auswertung hat verschiedene Besonderheiten und Merkmale zu Tage gefördert, die gleichwohl mit der standardisierten Befragung nicht genauer abgeklärt werden können.

Daher soll nun ergänzend eine qualitative Untersuchung mehr Klarheit bringen. Eine ausgewählte Gruppe der ursprünglich befragten Spieler soll

problemzentriert interviewt werden. In einem diskursiv-dialogischen Verfahren werden die kognitiven, intellektuellen und aktionalen Fähigkeiten der Talente vor dem Hintergrund komplexerer Umweltbeziehungen und Anforderungen ausgeleuchtet.

Die Spannungen sollen in konkreten Gegenständen und Prozessen genauer hinterfragt werden. Solche Fragen beziehen sich auf

- die Spannung zwischen Einschätzung der Spielstärke und tatsächlicher Position,
- die Spannung in der Mannschaft zwischen sozialer Unterstützung der Peergroup und Konkurrenz im Kampf um Stammplätze,
- die Spannung im Verhältnis zu Eltern, die sportliche Entwicklung und zugleich die Selbstständigkeit der Talente fördern sollen,

- die Spannung im Verhältnis zu Trainern, die Berater und Gatekeeper zugleich sind,
- die Spannung zwischen intrinsischen und extrinsischen Motivationen in jeweiligen Entwicklungsstufen.

### Kontakt

Dietrich Milles  
Telefon: 0421/218-58562  
dmilles@zes.uni-bremen.de

## Psychologische und gesundheitliche Leistungsförderung für jugendliche Fußballtalente. Bestandteile, Instrumente und Module der Förderung in Praxis und Trainerausbildung

Die bisherigen Untersuchungen zur Leistungsentwicklung junger Fußballtalente unterstreichen die besondere Rolle der Trainer, die wichtige Funktion der Familie und die Unterstützung durch soziale Beziehungen. In diesen Zusammenhängen muss die Entwicklung der Persönlichkeit und der Qualifikationen praktisch angegangen werden.

In der Traineraus- und fortbildung wurden gesundheitliche, soziale und psychologische Aspekte bislang eher erfahrungsgelenkt angesprochen und nicht systematisiert ausgearbeitet. Nunmehr sollen auf Basis empirischer Untersuchungen solche psychologischen Ansätze konkretisiert werden, mit denen die Persönlichkeitsentwicklung in Alterstufen und die Verarbeitung von sportlichen Belastungen gefördert werden; dazu sollen gesundheitswissenschaftliche Ansätze konkretisiert werden, mit denen vor allem Ressourcen im Zusammenwirken von persönlicher Ausstattung des Menschen in Charakter und Körperlichkeit, von Zugang und Nutzung vorhandener Bedingungen der sportlichen Aktivität sowie von sozialen Unterstützungen und Konventionen aufgebaut und genutzt werden.

Die psychischen, gesundheitlichen und sozialen Inhalte des Moduls für die Traineraus- und fortbildung sollen konkret mit den Trainern selbst zusammen erarbeitet werden. Die gemeinsame Anstrengung in der Praxis bezieht die Trainer als Experten in die Entwicklung des Moduls ein. In Kooperation mit dem DFB und v.a. seinem Trainerstab werden die curricularen Bestandteile des Moduls vorgestellt und mit den Trainern überprüft.

Trainer bilden das Scharnier zwischen der sportlichen, der individuellen und der sozialen Entwicklung, zwischen den verschiedenen Lebens- und Bewegungsräumen sowie zwischen den sozialen Gruppen und Beziehungen der jungen Leistungsfußballer. Sie

sollen für diese schwierige Aufgabe vorbereitet und in ihr unterstützt werden. Damit kann einer nahe liegenden Abwehrreaktion vorgebeugt werden, durch die sich Trainer gegen Überforderungen schützen und sich „auf den Platz“ konzentrieren wollen. Hierzu sollen Instrumente erarbeitet, getestet und in die Fortbildung eingebracht werden, auf die Trainer zurückgreifen und die ihnen den Umgang mit den psychosozialen Entwicklungsvorgängen, die Kommunikation, aber auch die Berücksichtigung des Umfeldes erleichtern. Ausgearbeitet und geprüft werden sollen Instrumente zur Beob-

### *Spieler von Werders U-23 Auswahl*



Quelle: WERDER.de

achtung der sportlich-psychosozialen Leistungsentwicklung, der Ausarbeitung biografischer Leitvorstellungen sowie effektiver Selbstkonzepte. Diese Instrumente sollen modellhaft angewandt, auf der Basis dieser Erfahrungen weiter entwickelt und der Trainingspraxis zur Verfügung gestellt werden.

Zentrale Zielsetzung ist es, die psychologischen, gesundheitsbezogenen und sozialen Aufgaben für den gesamten Bereich der Trainingsarbeit in den Vereinen und Verbänden zu fassen, also die Spitzenförderung beispielhaft zu entwickeln. So wird die Einsicht aufgegriffen, dass Bewältigungsaufgaben und –kompetenzen im Grunde für alle gleich, jeweils relativ zu den Ressourcen und Bewältigungsprozessen, zu verstehen sind.

Diese Überlegungen konkretisieren die vorgelegten Anträge. Sie können insgesamt folgendermaßen in Punkten überblickt werden:

1. weitere Sicherung und Verbesserung der Ergebnisse durch qualitative Befragungen von Spielern
2. besondere Befragung der Nationalspieler in den Jugendmannschaften
3. Rückkopplung der Analyse von Spieler-Aussagen mit Experten-Meinungen (qualitative Experteninterviews)
4. Verknüpfung der Ergebnisse mit dem Alltag der Leistungsförderung in den Leistungszentren und Auswahlmannschaften
5. Konzeption von Trainings- und Spielformen mit persönlichkeitsbildenden Inhalten
6. nachhaltige Anreicherung der Leistungsförderung mit psychosozialen, gesundheitswissenschaftlichen (stresstheoretischen) und pädagogischen Erkenntnissen (langfristige, aufbauende Konzeption)
7. Erforschung und praktische Konzeption einer fördernden Trainerkommunikation
8. Erarbeitung und Bereitstellung von Instrumenten der Dokumentation, Analyse und Förderung der Leistungsentwicklung
9. Entwicklungspsychologische Anteile in Ausbildungsmodulen für verschiedene Trainerlehrgänge (B-, A- und Fußballlehrerlizenz)
10. weitere Durchführung der standardisierten Spieler-Befragung (in Richtung Längsschnittanalyse)

### **Kontakt**

Dietrich Milles  
Telefon: 0421/218-58562  
dmilles@zes.uni-bremen.de

## Neue Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

In der Arbeitsgruppe "Arzneimittelanwendungsforschung" der Abteilung Gesundheitsökonomie, Gesundheitspolitik und Versorgungsforschung wurden zum Mai *Apothekerin Anne Pötzt* und zum Juni *Apothekerin Dörte Fuchs* eingestellt. Frau Pötzt und Frau Fuchs arbeiten zum Thema "BKK-Arzneimittelberatung".

*Dr. Holger Döring* hat am 1. September 2010 seine Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Zentrums für Sozialpolitik aufgenommen. Er promovierte 2009 an der Universität Konstanz mit einer Arbeit zur politischen Repräsentation in der Europäischen Union und war danach Postdoktorand am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. In seinen Arbeiten untersucht Döring die Wirkungsweisen und Effekte politischer Institutionen.

*Dipl.-Ök. Katharina Wendlandt* ist seit September Mitarbeiterin in der Abteilung "Gesundheitsökonomie, Gesundheitspolitik und Versorgungsforschung".

*Prof. Dr. Philip Manow* hat im Oktober 2010 seine Tätigkeit als Professor der Universität Bremen und als Leiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung am Zentrum für Sozialpolitik aufgenommen. Philip Manows Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen der Politischen Ökonomie, dem Wohlfahrtsstaatsvergleich, dem politischen System der Bundesrepublik und der Europäischen Integration.

Anfang Januar 2011 wird *Dipl.-Volkswirt Sebastian Finkler* in der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung seine Arbeit bei Prof. Traub aufnehmen.

## Wechsel

Am 1. Juli 2010 verließ *Dr. Kirsten Schubert* das ZeS, um in der JVA Bremen im ärztlichen Dienst die gesundheitliche Versorgung der Jugendlichen und Frauen sowie die der Strafhaft zu gewähren.

*Leonard Münstermann* wechselte zum August vom ZeS an das Institut für Mittelstandsforschung in Bonn.

**weitere Informationen zu den Abteilungen und Mitgliedern des ZeS unter:**  
[www.zes.uni-bremen.de/ccm/navigation/abteilungen/](http://www.zes.uni-bremen.de/ccm/navigation/abteilungen/)

## VERÖFFENTLICHUNGEN

### Zeitschrift für Sozialreform • Journal of Social Policy Research



Heft 2/2010

Schwerpunkt: Globale Sozialpolitik  
mit Beiträgen von:

Bob Deacon, Lutz Leisering, Liu Tao,  
Miriam Abu Sharkh, Ursula Mühle  
sowie Ingo Bode

#### Kontakt

Tanja Klenk  
Telefon: 0421/218-58578  
tklenk@zes.uni-bremen.de

Heft 3/2010

Schwerpunkt: Soziale Gleichheit im  
Sozialstaat

mit Beiträgen von:

Stephan Lessenich; Ulrike Davy; Eberhard Eichenhofer; Sonja Buckel; Christoph Henning; Angelika Nußberger

Die ZSR wird vom Verlag Lucius & Lucius verlegt. Redaktioneller Sitz ist am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen.

# Neuerscheinungen



Ette, Andreas; Ruckdeschel, Kerstin; Unger, Rainer (Hg.), 2010: Potenziale intergenerationaler Beziehungen. Beitrag zur Bevölkerungswissenschaft, Bd. 40. Würzburg: Ergon.

*Die Diskussion über die Alterung der Gesellschaft hat sich verändert. Nachdem der „Krieg zwischen den Generationen“ für viele Jahre diese Debatte dominierte, hat sich nun eine neue Perspektive entwickelt, die den Beziehungen zwischen den Generationen ein ungenutztes Potenzial zur Gestaltung des demografischen Wandels zuschreibt. Diese neue Sichtweise zeigt sich in Schlagworten wie „active ageing“ und „gewonnene Jahre“, die in Deutschland seit kurzem die Berichte und Gutachten von Sachverständigenkommissionen und wissenschaftlichen Beiräten der Ministerien prägen. Die Analyse dieser Potenziale von Generationenbeziehungen sowie ihrer Bedingungen und Grenzen steht im Mittelpunkt des vorliegenden Buches. Die zusammengestellten Beiträge geben auf der Basis der drei wichtigsten deutschen Bevölkerungsumfragen zu Generationenbeziehungen – dem Deutschen Alterssurvey, dem Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe und dem Generations and Gender Survey – empirisch fundierte Antworten auf die Frage nach den Generationenpotenzialen. Deutlich wird, dass die intergenerationalen Beziehungen durch ein hohes Maß an gegenseitiger Solidarität und Hilfe geprägt sind. Gleichzeitig werden Konflikte und Ambivalenzen sichtbar, die innerfamiliäre Beziehungen zur Belastung werden lassen. Bei den zukünftigen Reformen des Sozialstaates gilt es, die Potenziale der Generationenbeziehungen zu fördern, ohne sie zu überfordern.*



Nullmeier, Frank; Biegon, Dominika; Gronau, Jennifer; Nonhoff, Martin; Schmidtke, Henning; Schneider, Steffen, 2010: Prekäre Legitimitäten. Rechtfertigung von Herrschaft in der postnationalen Konstellation. Reihe: Staatlichkeit im Wandel, Bd. 14. Frankfurt/New York: Campus.

*Politische Herrschaft konzentriert sich nicht mehr allein auf die Ebene des Nationalstaats. Supra- und internationale Regimes wie EU, UNO und G8 haben im Zeitalter der Globalisierung an Bedeutung gewonnen. Wie aber steht es um die demokratische Legitimität der entstehenden postnationalen Herrschaftsformen?*

*Die Autorinnen und Autoren beleuchten, welche Rechtfertigungsmuster die öffentliche Debatten dominieren und welche Prinzipien dabei im Mittelpunkt positiver bzw. kritischer Bewertungen stehen. Deutlich wird: Bisher ist die demokratische Legitimität der neuen Herrschaftsformen vielfach noch prekär geblieben.*



Peters, Christian; Löffler, Roland (Hg.), 2010: Der Westen und seine Religionen. Was kommt nach der Säkularisierung? Freiburg: Herder.

*Der Säkularisierungsthese zum Trotz scheinen die Religionen lebendiger denn je. War die Rede vom Verfall und der Privatisierung des Glaubens falsch, oder beobachten wir ganz neue Formen des gesellschaftlichen Umgangs mit Religion?*

*Die wichtigsten Stichwortgeber aus Politik, Religion und Wissenschaft diskutieren gemeinsam die Gefahrenpotenziale und Chancen. So ergeben sich spannende Kontroversen sowie neue Einsichten zu einer der entscheidenden Zukunftfragen:*

- Warum wird gegenwärtig so heftig über religiöse Symbole gestritten?
- Wie ist das Verhältnis des Islam zum Grundgesetz zu bestimmen?
- Wie säkular ist unsere Gesellschaft wirklich?
- Welche Friedensfähigkeit, welches Konfliktpotenzial liegt in den Religionen?
- Wie ist ein zukunftsweisender interreligiöser Dialog zu gestalten?
- In welchem Verhältnis stehen Religionskritik, Literatur und ästhetischer Diskurs?

*Mit Beiträgen unter anderem von Wolfgang Schäuble, Dan Diner, Navid Kermani, Friedrich Wilhelm Graf, José Casanova, Herbert Schnädelbach, Lale Agkün, Hans Joas.*

Neu erschienen:

## GAZESse 2010/2

Die elektronische Gazette der Abteilung Gesundheitsökonomie, Gesundheitspolitik und Versorgungsforschung mit Berichten über aktuelle Forschungsergebnisse, Veröffentlichungen und Präsentationen aus laufenden Projekten, Hinweisen auf neue Projekte und Ankündigungen von Veranstaltungen.

**Kontakt:** Rolf Müller • Telefon: 0421/218-58554 • gazesse@zes.uni-bremen.de

Neuerscheinung in der ZeS-Arbeitspapier-Reihe



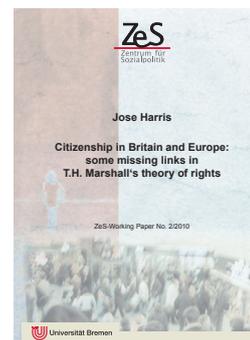
Nr. 1/2010: Uwe Helmert

*Vom Teufel bezahlt. Die verhängnisvolle verdeckte Zusammenarbeit zwischen der Tabakindustrie und deutschen Wissenschaftlern unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitsmediziner. Befunde aus den vormals internen Tabakindustriedokumenten*

In den vergangenen Jahren sind anhand der vormals internen Dokumente der Tabakindustrie die Verbindungen zwischen verschiedenen medizinischen Disziplinen sowie prominenten Vertretern des Faches Public Health und der Tabakindustrie in Deutschland recherchiert worden. Für die deutsche Arbeitsmedizin steht dies dagegen noch aus. Welche unruhliche Rolle die verdeckte Zusammenarbeit zwischen der Tabakindustrie und prominenten Vertretern der deutschen Arbeitsmedizin gespielt hat, ist dringend aufklärungsbedürftig. Für die Tabakindustrie war seit den 1970er Jahren die (wissenschaftliche) Erforschung der Gesundheitsunschädlichkeit des Passivrauchens von primärer Bedeutung. In den Tabakindustriedokumenten finden sich eine Fülle von stichhaltigen Belegen dafür, dass deutsche Arbeitsmediziner über viele Jahre hin, die Tabakindustrie in ihrem ambitionierten Bestreben unterstützt haben, die Schädlichkeit des Passivrauchens in Frage zu stellen, zu leugnen und Tatsachen zu verdrehen. Dies geschah beispielsweise durch wissenschaftliche Konferenzen, die verdeckt von der Tabakindustrie fi-

nanziert und gesteuert wurden, sowie durch von der Tabakindustrie verdeckt in Auftrag gegebene wissenschaftliche Publikationen zu der Thematik des Passivrauchens. Außerdem finanzierte der vom Verband der deutschen Cigarettenindustrie (VdC) gegründete Forschungsrat „Rauchen und Gesundheit“ verdeckt umfangreiche Studien, die nahezu ausschließlich an Wissenschaftler, darunter viele Arbeitsmediziner, vergeben wurden, die eng mit der Tabaklobby kooperierten. Auch in Deutschland setzt nun erfreulicherweise, allerdings erst vergleichsweise spät, eine Diskussion darüber ein, welche Gefahren eine Kooperation von Wissenschaftlern mit der Tabakindustrie bergen. Als erste medizinische Fachgesellschaft hat die Deutsche Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin (DGP) 2006 einen ethischen Kodex verabschiedet, in dem jedwede Zusammenarbeit mit der Tabakindustrie abgelehnt wird. Gemäß diesem Kodex wird es abgelehnt, finanzielle Mittel der Tabakindustrie für Forschungsvorhaben, Gutachter-tätigkeiten, Vortragshonorare und Reisekosten anzunehmen. Es wäre zu wünschen, dass weitere Universitäten, Forschungseinrichtungen, medizinische Fakultäten und wissenschaftliche Fachgesellschaften diesem positiven Beispiel folgen.

*Eine kostenfreie Downloadoption zum Arbeitspapier finden Sie unter ‚Publikationen‘ auf [www.zes.uni-bremen.de](http://www.zes.uni-bremen.de)*



Nr. 2/2010: Jose Harris

*Citizenship in Britain and Europe: some missing links in T.H. Marshall's theory of rights*

Der Ruf von T.H. Marshall als Historiker, Gesellschaftstheoretiker und Deuter von Ideen über Bürgerrechte und soziale Klassen, so der deutsche Titel seines wegweisenden Buches aus dem Jahr 1949, war wahrscheinlich nie besser als heute. Ob Marshalls Analyse in Bürgerrechten und soziale Klassen nun zutrifft oder nicht, er wird heute als einer der zentralen Denker gesehen, die unsere Ideen von Sozialpolitik, Bürgerschaft und grundlegenden sozialen Rechten angestoßen und gebündelt haben. In vorliegendem ZeS-Arbeitspapier konzentriert sich die renommierte Oxforder Historikerin Jose Harris auf verschiedene auffällige historische Lücken und offene Fragen, die sich aus Bürgerrechte und soziale Klassen ergeben. Diese Lücken beziehen sich auf Marshalls Darstellung der langen historischen Wellen und auf die sozialen Bewegungen um 1949. Im britischen Zusammenhang wirft seine Erzählung der Langfristentwicklung von Bürgerrechten und sozialen Klassen, wie sie sich von der frühen Neuzeit bis ins 20. Jahrhundert entwickelt haben, einige Fragen auf. Auch in einem breiteren europäischen Zusammenhang fragt Harris besonders nach Marshalls Beziehungen zu den umfangreichen Diskussionen über Bürgerschaft und weitere Rechte aller Art, die im Europa der zweiten Hälfte der 40er Jahre stattgefunden haben.

*Eine kostenfreie Downloadoption zum Arbeitspapier finden Sie unter ‚Publikationen‘ auf [www.zes.uni-bremen.de](http://www.zes.uni-bremen.de)*

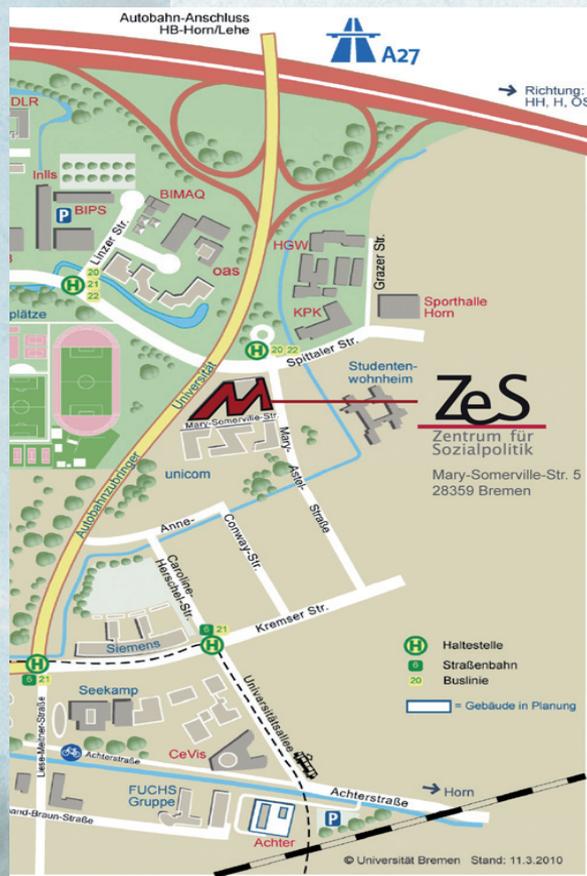
**Arbeitspapiere 2011 u.a. von:**

- Philip Manow: Sektorwandel, Sozialstaatsexpansion und die Rolle der Parteien: Die 'De-Industrialisierungs-These' revisited
- Paul Pierson: The Welfare State in the very long Run

# ZeS

Zentrum für  
Sozialpolitik

## Das ZeS zieht um Neue Adresse und neue Kontaktdaten ab 1. Januar 2011



Das Zentrum für Sozialpolitik wird zum Jahresende in das UNICOM-Gebäude in die Mary-Somerville-Straße 5 in unmittelbare Campusnähe umziehen. Damit verbunden verändern sich neben der Postadresse ab dem 1. Januar 2011 auch die Telefonnummern sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Infos unter [www.zes.uni-bremen.de](http://www.zes.uni-bremen.de) oder telefonisch in der Geschäftsstelle des ZeS unter 0421/218-58500/-501.

Die neue Postadresse:  
Universität Bremen  
Zentrum für Sozialpolitik  
Postfach 33 04 40  
28334 Bremen

Die neue Hausadresse:  
Universität Bremen  
Zentrum für Sozialpolitik  
UNICOM-Gebäude  
Mary-Somerville-Straße 5  
28359 Bremen